

Der Geldschöpfungskoeffizient der Kreditbanken in der Bundesrepublik

**Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Würde
eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen**

**Vorgelegt von
Hans-Joachim Lierow
aus Rostock**



Dekan: Universitätsprofessor Dr. H. Thomae
Referent: Universitätsprofessor Dr. R. Stucken
Korreferent: Universitätsprofessor Dr. G. Weippert
Tag der mündlichen Prüfung: 7. 6. 1957

Veröffentlicht im Oktober 1957 als Heft 30 der Volkswirtschaftlichen Schriften
Verlag Duncker & Humblot, Berlin

Der Geldschöpfungskoeffizient der Kreditbanken in der Bundesrepublik

Von

Dr. Hans-Joachim Lierow



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Alle Rechte vorbehalten

© 1957 Duncker & Humblot, Berlin

Gedruckt 1957 bei Richard Schröter, Berlin SW 29

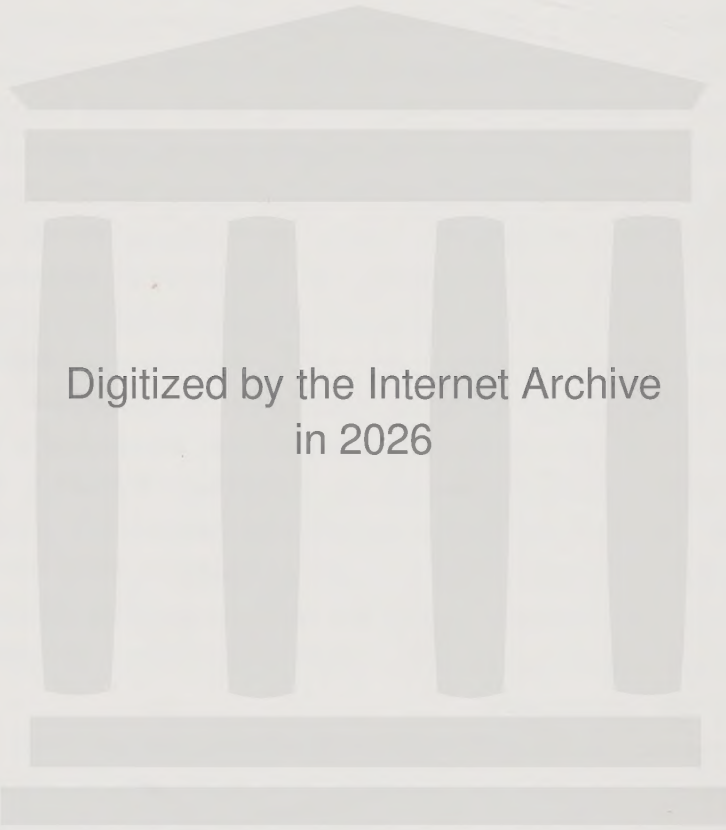
Printed in Germany

Vorwort

Die Tatsache, daß die Kreditbanken zur autonomen Geldschöpfung befähigt sind, gilt seit langem als gesicherte Erkenntnis in der Volkswirtschaftslehre. Die bisher hierüber veröffentlichten Untersuchungen sind jedoch vorwiegend theoretischer Natur. Von den in der Theorie gefundenen Ergebnissen ausgehend, wird mit dieser Arbeit versucht, die Geldschöpfungskoeffizienten der Kreditbanken in der Deutschen Bundesrepublik seit der Währungsreform zu ermitteln. Im Mittelpunkt der empirischen Untersuchungen stehen die Faktoren, die für die Höhe der autonomen Geldschöpfung der Kreditbanken maßgebend sind. In der Darstellung nur eines einzigen Geldschöpfungskoeffizienten ließen sich jedoch nicht alle Faktoren, die die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditbanken beeinflussen, erfassen. Es wurden deshalb verschiedene Arten von Geldschöpfungskoeffizienten errechnet, die bei einem Vergleich miteinander die unterschiedliche Bedeutung der jeweiligen Faktoren auf die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditbanken sichtbar machen. Das für die Berechnungen in dieser Arbeit notwendige Zahlenmaterial wurde den zusammengefaßten Bilanzen des Zentralbanksystems und den konsolidierten Bilanzen sämtlicher Kreditinstitute entnommen.

Die Anregung zu dieser Arbeit erhielt ich von meinem verehrten Lehrer, Herrn Prof. Dr. Rudolf Stucken, dem ich hiermit für die mir zuteilgewordene Förderung und Unterstützung meinen ganz besonderen Dank sage.

H.-J. L.



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Inhalt

Einleitung	7
I. Die Entwicklung der Lehre vom Geldschöpfungskoeffizienten ..	7
II. Kurze Kritik an dieser bisherigen Lehre	11
III. Gang der Untersuchung	13
A. Die Grundlagen für die zahlenmäßige Feststellung der Geldschöpfungskoeffizienten	15
I. Die Geldmenge und die verschiedenen Arten der Geldschöpfung	15
II. Das Notenbankguthaben der Kreditinstitute	19
III. Der Aufbau unseres Zentralbanksystems und die dadurch zusätzlich auftauchenden Probleme	20
B. Der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient	27
I. Der Barabhebungssatz	27
II. Der Mindestreservesatz	29
III. Die Höhe des „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten	31
C. Der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient	32
I. Die Abweichungen vom „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten	32
1. Abweichungen im Zusammenhang mit der Barabhebung	32
2. Abweichungen im Zusammenhang mit der Mindestreservehaltung	34
3. Abweichungen durch Veränderungen in der freiwilligen Barreservehaltung	36
4. Zusammenfassung	37
II. Die Höhe des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten	38
D. Der Kreditschöpfungskoeffizient	41
I. Die Abweichungen vom „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten	41
II. Die Höhe des Kreditschöpfungskoeffizienten	42
E. Die Veränderungen der Größe der Geldschöpfungskoeffizienten und deren Ursachen	44
Anhang Teil I mit Tabellen	52
1. Die Bilanz des Zentralbanksystems; das den Kreditinstituten vom Zentralbanksystem zufließende oder an dieses verlorengelassene Notenbankguthaben	52
2. Die zusammengefaßte Bilanz aller Kreditinstitute; die Geldschöpfung der Kreditinstitute	57
Anhang Teil II mit Abbildungen	65
Literaturverzeichnis	69

Einleitung

I. Die Entwicklung der Lehre vom Geldschöpfungskoeffizienten

Im modernen Wirtschaftsleben kennen wir zwei Geldarten, das Stückgeld oder Bargeld und das Giralgeld oder Buchgeld. Demnach gibt es auch zwei Arten des Zahlungsverkehrs, die Zahlungen mit Stückgeld und die Zahlungen, die sich durch Umschreibungen in den Bankbüchern vollziehen. Beide Geldarten sind unbeschränkt untereinander umwechselbar, d. h. Stückgeld kann jederzeit in Giralgeld und Giralgeld kann jederzeit in Stückgeld umgewechselt werden. Wie entstehen nun diese beiden Geldarten?

Das Stückgeld besteht aus Münzen (Scheidemünzen) und Banknoten. Banknoten darf nur die Notenbank drucken lassen; folglich können sie auch nur von dieser Stelle aus in den Verkehr kommen. Das Münzprägerecht kann entweder die Notenbank oder auch der Staat besitzen. In der Bundesrepublik besaß bis zum Juli 1950 die Bank deutscher Länder das Münzprägerecht, von da ab ist es auf die westdeutsche Bundesrepublik übergegangen. Die Bundesrepublik übergibt die neu geprägten Münzen der Bank deutscher Länder und bekommt dafür auf ihrem dort unterhaltenen Konto einen entsprechenden Betrag gutgeschrieben. Die Bank deutscher Länder ist nicht verpflichtet, unbeschränkt neu geprägte Münzen von der Bundesrepublik anzunehmen. Andererseits fehlt dem Staat die rechtliche Möglichkeit, von sich aus neu geprägtes Münzgeld in den Verkehr zu bringen. Auf jeden Fall sind Münzen, gleichgültig ob sie von der Notenbank selbst geprägt werden oder ob der Staat das Münzprägerecht ausübt, nur von der Notenbank erhältlich. Zusammenfassend können wir sagen, daß alles Stückgeld, auch wenn es nicht ausschließlich von der Notenbank hergestellt wird, so doch immer nur von dieser Stelle aus in den Verkehr kommen kann. Nur dasjenige Stückgeld, das in den Umlauf kommt, kann als Geld bezeichnet werden. Denn die in den Tresors der Notenbank liegenden Stückgelddbeträge üben keine Geldfunktion aus. Die Höhe des Stückgeldes, das sich außerhalb der Notenbank befindet, richtet sich nach dem Verkehrsbedürfnis¹.

Das Giral- oder Buchgeld sind die Einlagen bei den Kreditinstituten — den Banken ohne das Recht zur Notenemission — und bei der Notenbank, die dem Zahlungsverkehr gewidmet sind (Sichteinlagen).

¹ Vgl. R. Stucken, Geld und Kredit, Tübingen 1949, S. 110.

Die Höhe dieser Einlagen richtet sich ebenfalls nach dem Verkehrsbedürfnis. Das Giralgeld erscheint nur in den Bankbüchern; es nimmt keine dingliche Form an. Es entsteht jeweils dann, wenn die täglich fälligen Einlagen (Sichteinlagen) bei den Banken anwachsen, sei es nun, daß dazu Stückgeld bei den Banken eingezahlt wurde, sei es, daß ein Teil der zusätzlich von den Banken gewährten Kredite diesen nicht in der Form von Stückgeld abverlangt wurde und somit als Giralgeld auf irgendeinem Konto auftaucht. Das Giralgeld kann also nicht nur allein bei der Notenbank, sondern auch bei den Kreditinstituten entstehen. Es kann also nicht nur die Notenbank allein Geld schaffen. Auch die Kreditinstitute sind hierzu in der Lage.

Demnach gibt es zwei Geldarten, von denen die eine — das Stückgeld — nur von der Notenbank und die andere — das Giralgeld — auch von den Kreditinstituten geschaffen werden kann.

Im Laufe der Arbeit wird häufig der Ausdruck „Notenbankguthaben“ gebraucht werden. Dem strengen Wortgebrauch nach dürften darunter nur die Einlagen bei der Notenbank verstanden werden. Wir wollen die Bedeutung dieses Ausdruckes aber dahingehend erweitern, daß unter Notenbankguthaben der Kreditinstitute die Barreserve der Kreditinstitute bei der Notenbank, sondern auch deren Kassenhaltung an Stückgeld. Erhalten also die Kreditinstitute Stückgeld von der Notenbank, so kann man sagen, den Kreditinstituten ist Notenbankguthaben zugeflossen. Geht ihnen Stückgeld an den Verkehr verloren, so kann man davon sprechen, daß den Kreditinstituten Notenbankguthaben verlorengegangen ist.

Bei einer Geldvermehrung kann sowohl die Stückgeldmenge als auch die Giralgeldmenge vergrößert werden. Jede Vergrößerung der Geldmenge bedeutet eine zusätzliche Geldschöpfung. Aus dem Verhältnis der zusätzlich entstandenen Geldmenge (G') zu dem für diese Geldschöpfung benötigten Notenbankguthaben (N') ergibt sich der Geldschöpfungskoeffizient der Kreditinstitute (K). Die Formel für seine

Höhe lautet somit:
$$K = \frac{G'}{N'}$$

Notenbankguthaben benötigen die Kreditinstitute im Falle der zusätzlichen Geldschöpfung einerseits zur Deckung der in Stückgeld abverlangten Beträge, andererseits für die vorgeschriebene Mindestreservehaltung der entstehenden Giralgeldbeträge. Die Höhe des Geldschöpfungskoeffizienten wird somit bestimmt durch den Barabhebungssatz und den Mindestreservesatz.

Der Barabhebungssatz ist das Verhältnis des abverlangten Stückgeldes zu der zusätzlich entstandenen Gesamtgeldmenge. Der Mindestreservesatz ist das Verhältnis der vorgeschriebenen zusätzlichen Mindestreservehaltung zu dem neu entstandenen Giralgeld.

Die genannte Formel zur Ermittlung des Geldschöpfungskoeffizienten ist nicht die einzige, die zum Ziele führt. Es hat in der Lehre auch noch eine andere Formel Anerkennung gefunden, welche die Möglichkeit gibt, den Geldschöpfungskoeffizienten zu errechnen, wenn die beiden Bestimmungsgründe, der Barabhebungssatz und der Mindestreservesatz, bekannt sind. Wir bringen im folgenden die Entwicklung zu dieser Formel, wie sie von *Stucken* dargestellt wurde. *Stucken* geht von der Existenz nur einer Kreditbank aus. „Die Kreditbank möge auf ihrem Notenbankkonto für 1 Million DM mehr Guthaben besitzen, als sie für nötig hält; ferner gehen wir davon aus, daß bei einer Vermehrung der Gesamtgeldmenge jeweils ein Viertel der Bank in Stückgeld abverlangt wird; ferner daß die Bank einen Barreservesatz von 5 %, d. h. ein Verhältnis ihrer Barreserve zu ihren Verpflichtungen wie 5 : 100 anstrebt. Die Unbekannte, nämlich den Gesamtbetrag an zusätzlichen Krediten, die die Kreditbank auf dieser Grundlage gewähren kann, bezeichnen wir mit x . Räumt die Bank nun für x DM Kredite durch Gutschrift auf dem Girokonto der Kreditnehmer ein, so werden $x/4$ der Bank in Stückgeld abverlangt, es verbleiben also $3/4 \cdot x$ als zusätzliche Guthabenmenge der Bankkunden; hierfür wünscht die Bank 5 % als Barreserve zu unterhalten, und so kommen wir zu folgender Gleichung:

$$\frac{x}{4} + \frac{3}{4} x \cdot \frac{5}{100} = 1\,000\,000 \text{ DM}$$

$$x = 3\,487\,261 \text{ DM}$$

Also unter den angegebenen Bedingungen ist es der Kreditbank möglich etwa das 3 $\frac{1}{2}$ -fache an Krediten zu schöpfen von der Summe, die sie über das Benötigte hinaus als Barreserve vorgefunden hat².

Später hat *Stucken* diese zahlenmäßige Darstellung in eine allgemeine Form gebracht, wobei er die Symbole

a für das zusätzlich verfügbare Notenbankguthaben,

c (cash) für den Anteil des neu geschöpften Geldes, der in Stückgeld abverlangt wird,

r (reserve) für den Anteil an den zusätzlichen Einlagen (Sichteinlagen), der als Mindestreserve zu halten ist,

x für den gesuchten Geldschöpfungskoeffizienten verwendet.

Die Formel lautet dann:

$$\begin{aligned} x \cdot a \cdot c + (x \cdot a - x \cdot a \cdot c) \cdot r &= a \\ x \cdot c + (x - x \cdot c) \cdot r &= 1 \\ x (c + r - c \cdot r) &= 1 \\ x &= \frac{1}{c + r - c \cdot r} \end{aligned}$$

² R. *Stucken*, Geld und Kredit, Tübingen 1949, S. 114.

³ Zu dem gleichen Ergebnis kommt man auch, wenn man in die von uns

Aus dieser Formel ergibt sich, daß x größer als 1 ist, solange sowohl c als auch r kleiner als 1 sind. Der Geldschöpfungskoeffizient wird um so größer sein, je kleiner der Anteil des abverlangten Stückgeldes an der neu geschöpften Gesamtgeldmenge und je kleiner der Prozentsatz der Verpflichtungen ist, den die Banken als Barreserve zu halten anstreben⁴.

Zu diesem Ergebnis kommt Stucken, nachdem er annimmt, daß es in einer Volkswirtschaft nur eine Kreditbank gibt. Er stellt dann weiter fest, daß diese zusätzliche Geldschöpfung auch dann noch gegeben ist, wenn viele einzelne Kreditbanken vorhanden sind, daß es dann aber notwendig ist, daß die Bankleitungen gleichartig handeln; und er weist darauf hin, „daß die Leiter der Kreditbanken offensichtlich gleichartig handeln“⁵.

Mit Hilfe der von Stucken angegebenen Formel für die Berechnung des Geldschöpfungskoeffizienten wurden die theoretisch möglichen Größen für den Geldschöpfungskoeffizienten, wenn der Barabhebungssatz (c) und der Mindestreservesatz (r) von 0,1 bis 0,9 variiert werden, von H. Klepsch-Bodack wie folgt in einer Tabelle zusammengestellt^a:

$\begin{matrix} r \\ c \end{matrix}$	0,1	0,2	0,3	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9
0,1	5,26	3,57	2,70	2,17	1,82	1,56	1,37	1,22	1,10
0,2	3,57	2,77	2,27	1,92	1,67	1,47	1,32	1,19	1,09
0,3	2,70	2,27	1,96	1,72	1,54	1,39	1,27	1,16	1,08
0,4	2,17	1,92	1,72	1,56	1,43	1,32	1,22	1,14	1,06
0,5	1,82	1,67	1,54	1,43	1,33	1,25	1,18	1,11	1,05
0,6	1,56	1,47	1,39	1,32	1,25	1,19	1,14	1,10	1,04
0,7	1,37	1,32	1,27	1,22	1,18	1,14	1,10	1,06	1,03
0,8	1,22	1,19	1,16	1,14	1,11	1,10	1,06	1,04	1,02
0,9	1,10	1,09	1,08	1,06	1,05	1,04	1,03	1,02	1,01

^a) H. Klepsch-Bodack, Der Geldschöpfungskoeffizient der Kreditbanken, Diss. Erlangen 1955, Tabelle 1, S. 35.

Schneider⁶ hat die obige zahlenmäßige Darstellung des Geldschöpfungskoeffizienten gleichfalls in eine allgemeine Formel gebracht.

angegebene Formel $K = \frac{G'}{N'}$ (vgl. S. 8) den Barabhebungssatz c und den Mindestreservesatz r einsetzt. Die Entwicklung zu dieser Formel lautet dann:

$$K = \frac{G'}{N'} = \frac{G'}{G' \cdot c + (G' - G' \cdot c) \cdot r} = \frac{G'}{G' \cdot c + G' \cdot r - G' \cdot c \cdot r} = \frac{1}{c + r - c \cdot r}$$

⁴ Vgl. R. Stucken, Geld und Kredit, 2. Aufl., Tübingen 1957, S. 57 f. Siehe auch Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1. Band, 1956, Banken (II) Theorie, S. 554 f.

⁵ R. Stucken, Geld und Kredit, Tübingen 1949, S. 118.

⁶ Erstmals in Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, 1. Aufl., Tübingen 1952, S. 30 ff.

Ausgehend von einer Einzelbank unter vielen anderen, kommt er für die Gesamtheit der Kreditbanken zu der gleichen Formel, wie folgt:

$$\frac{1}{r + c \cdot (1 - r)}$$

Genau wie Schneider geht auch *Samuelson*⁸ von der Einzelbank aus und kommt zu ähnlichen Ergebnissen.

In unserer Arbeit soll nicht der Geldschöpfungskoeffizient einer einzelnen Kreditbank ermittelt werden, sondern die Geldschöpfung und der Geldschöpfungskoeffizient aller Kreditinstitute zusammen. Die bei der Feststellung der Geldschöpfungsmöglichkeit einer einzelnen Kreditbank zusätzlich auftauchenden Probleme werden von uns deshalb nicht berücksichtigt.

Andere ältere Formeln für den Geldschöpfungskoeffizienten, hauptsächlich für den einer einzelnen Kreditbank, werden von *V. F. Wagner*⁹ gebracht. Wir verweisen auf seine ausführliche geschichtliche Darstellung und auf die neuere Darstellung des gesamten Problems um den Geldschöpfungskoeffizienten von *H. Klepsch-Bodack*¹⁰. Zu erwähnen ist noch die kritische Betrachtung über die Darstellung der Geldschöpfung der Einzelbank von *G. Neuhauser*¹¹.

II. Kurze Kritik an dieser bisherigen Lehre

Dieser eben dargestellte Geldschöpfungskoeffizient und die für seine Berechnung angegebenen Formeln beziehen sich nur auf die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute, soweit sie von dem Barabhebungssatz und dem Mindestreservesatz abhängig ist. Es wird also nur das von den Kreditinstituten für eine Geldschöpfung benötigte Notenbankguthaben erfaßt.

Wenn wir jetzt diesen Geldschöpfungskoeffizienten kritisieren wollen, so richtet sich unsere Kritik nicht gegen die formale Richtigkeit dieses Geldschöpfungskoeffizienten, sondern gegen seinen Erkenntniswert. Es ist freilich von erheblichem Interesse, daß der Umfang der den Kreditinstituten möglichen Geldschöpfung abhängig ist von jenem Geldschöpfungskoeffizienten, insofern nämlich, als die Kreditinstitute bei der Geldschöpfung jeweils um den Geldschöpfungskoeffizienten über das ihnen für eine Geldschöpfung verfügbare

⁷ Unverändert bei *Schneider* III. Teil, 3. Aufl., Tübingen 1955, S. 24 ff.

⁸ Vgl. *P. A. Samuelson*, Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Köln 1955, S. 290 ff.

⁹ Vgl. *V. F. Wagner*, Geschichte der Kredittheorien, Wien 1937, S. 145 ff.

¹⁰ *H. Klepsch-Bodack*, Der Geldschöpfungskoeffizient der Kreditbanken. Diss. Erlangen 1955.

¹¹ *G. Neuhauser*, Kritische Untersuchungen zur Kreditschöpfungslehre. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 108. Band 1952, S. 646 ff.

Notenbankguthaben hinausgehen können. Hier liegt aber auch die Grenze des Aussagewerts.

Die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute ist aber auch noch von anderen Größen abhängig als nur vom Barabhebungssatz und Mindestreservesatz. Zu diesem Ergebnis gelangt man, wenn man sich bemüht, die besondere Abhängigkeit der Kreditinstitute vom Verhalten der Notenbank und der Wirtschaftssubjekte zu berücksichtigen. Im Laufe der Arbeit wird auf jene Größen noch ausführlich eingegangen werden. Zur Illustration sei hier ein Beispiel vorangestellt: Wenn von der Notenbank der Mindestreservesatz für Sichteinlagen von 10 auf 15 % heraufgesetzt wird, dann wird der Geldschöpfungskoeffizient kleiner werden, weil für das künftig entstehende Giralgeld mehr Mindestreserven benötigt werden. Von dieser Erhöhung werden die Kreditinstitute in ihrer Geldschöpfungsmöglichkeit auch insofern beeinflusst, als sie ja auch für das bereits vorhandene Giralgeld die Mindestreservehaltung um 5 % aufstocken und somit Notenbankguthaben, das sie sonst zu einer Geldschöpfung hätten verwenden können, nun für die Mindestreservehaltung verwenden müssen.

Der Geldschöpfungskoeffizient, der nur durch den Barabhebungssatz und den Mindestreservesatz oder aus dem Verhältnis der zusätzlichen Geldschöpfung zu dem dazu benötigten Notenbankguthaben bestimmt wird, berührt also nur einen Teil der Probleme, die sich ergeben, wenn man die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute bestimmen will. Andererseits zeigt diese Methode am klarsten die Fähigkeit der Kreditinstitute zur autonomen Geldschöpfung. Wir wollen deshalb in Zukunft diesen Geldschöpfungskoeffizienten als den „*theoretischen*“ Geldschöpfungskoeffizienten bezeichnen.

Die wirkliche Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute soll von uns in einem anderen Geldschöpfungskoeffizienten erfaßt werden, den wir, im Gegensatz zu dem „*theoretischen*“, als den „*wirklichen*“ Geldschöpfungskoeffizienten bezeichnen wollen. Dieser „*wirkliche*“ Geldschöpfungskoeffizient wird ermittelt aus dem Verhältnis der zusätzlichen Geldschöpfung eines Zeitabschnittes zu dem den Kreditinstituten im gleichen Zeitabschnitt von der Notenbank insgesamt *zugeflossenen* Notenbankguthaben. Der Unterschied zwischen „*theoretischem*“ und „*wirklichem*“ Geldschöpfungskoeffizienten besteht also darin, daß einmal von dem für die Geldschöpfung *benötigten* Notenbankguthaben ausgegangen wird, und das andere Mal von dem den Kreditinstituten von der *Notenbank insgesamt zugeflossenen* Notenbankguthaben, das aber ja nicht, wie bisher nur angedeutet, in gleicher Höhe für die Geldschöpfung verfügbar zu sein braucht. An den Abweichungen des „*wirklichen*“ von dem „*theoretischen*“ Geldschöpfungskoeffizienten wird somit zu erkennen sein, welche Bedeutung die von uns genannten Größen, auf die wir erst im Laufe der Arbeit

eingehen wollen, auf die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute zusammen ausüben.

Das von den Kreditinstituten für die Geldschöpfung benötigte Notenbankguthaben läßt sich direkt nicht ermitteln. Der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient kann nur mit Hilfe des Barabhebungssatzes und des Mindestreservesatzes errechnet werden. Er nimmt aber dann nicht Bezug auf die tatsächlich eingetretene Geldschöpfung. Seine Höhe kann immer errechnet werden, auch dann, wenn tatsächlich eine Geldschöpfung gar nicht gegeben ist. Der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient gibt also nur eine Möglichkeit an. Der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient dagegen bezieht sich nur auf absolute Größen, er kann also auch nur ermittelt werden, wenn tatsächlich eine Geldschöpfung stattgefunden hat.

III. Gang der Untersuchung

Gemäß den dargestellten Ansatzpunkten unserer Kritik wollen wir eine Untersuchung in der folgenden Weise durchführen: Da es nicht genügt, nur den Barabhebungssatz und den Mindestreservesatz und den mit Hilfe dieser beiden Größen feststellbaren „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten allein zu betrachten, soll außerdem noch ermittelt werden, in welcher Höhe den Kreditinstituten eine zusätzliche Geldschöpfung möglich war, wenn von dem den Kreditinstituten von der Notenbank zugeflossenen Notenbankguthaben ausgegangen wird; es soll also auch der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient gebracht werden. Da wir bei diesem nur die zusätzliche Geldschöpfung berücksichtigen, werden wir ihm einen „Kreditschöpfungskoeffizienten“ an die Seite stellen, der gleichzeitig auch die kompensatorische Geldschöpfung erfaßt. In der vorliegenden Arbeit werden wir es daher mit drei Koeffizienten zu tun haben:

1. Der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient, der bestimmt wird durch den Barabhebungssatz und den Mindestreservesatz oder aus dem Verhältnis der zusätzlichen Geldschöpfung zu der Höhe des dazu benötigten Notenbankguthabens.
2. Der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient, der bestimmt werden soll aus dem Verhältnis der zusätzlichen Geldschöpfung zu der Höhe des den Kreditinstituten von der Notenbank zugeflossenen Notenbankguthabens.
3. Der Kreditschöpfungskoeffizient, der bestimmt werden soll aus dem Verhältnis der vermehrten Kreditgewährung zu der Höhe des den Kreditinstituten von der Notenbank zugeflossenen Notenbankguthabens.

Bevor jedoch an die Berechnung der verschiedenen Geldschöpfungskoeffizienten gegangen werden kann, müssen wir uns — im Teil A — mit den Begriffen „Geldmenge“ und „Geldschöpfung“ befassen. Außerdem ist es auch erforderlich zu untersuchen, auf welche Weise den Kreditinstituten Notenbankguthaben von der Notenbank zufließen oder an sie verlorengehen können. Diese Betrachtungen sind schon auf die Daten, die uns aus der westdeutschen Wirklichkeit entgegentreten, ausgerichtet. Jedoch nehmen wir eine Vereinfachung vor: Es sei unterstellt, die Notenbank dürfe nur von den Kreditinstituten in Anspruch genommen werden, d. h. die Wirtschaft, die Privaten und die öffentlichen Körperschaften könnten nur Kredite von den Kreditinstituten empfangen und könnten auch nur bei diesen Einlagen unterhalten. In Wirklichkeit dürfen nämlich die öffentlichen Körperschaften in Westdeutschland Kredite vom Zentralbanksystem nehmen und dort auch Einlagen haben, ebenso die Wirtschaft und die Privaten bei den Landeszentralbanken der ehemaligen französischen Besatzungszone.

Wir werden uns jedoch im Anschluß an diese grundlegenden Betrachtungen speziell den Einlagen von Nichtbanken bei der Notenbank zuwenden und untersuchen, inwieweit dadurch zusätzliche Probleme auftauchen. Dabei wird natürlich auch die Frage der direkten Kreditgewährung der Notenbank an Nichtbanken Berücksichtigung finden.

Das Ergebnis dieser Überlegungen, die Präzisierung der verwendeten Begriffe, gibt uns die Grundlage, auf der die Darstellung des für die Berechnung der Geldschöpfungskoeffizienten notwendigen Zahlenmaterials erfolgte.

In den Teilen B, C und D der Arbeit werden die drei oben genannten Geldschöpfungskoeffizienten sodann zahlenmäßig festgestellt. Da sich die einzelnen Geldschöpfungskoeffizienten für die gleichen Zeitabschnitte wesentlich unterscheiden, werden wir schließlich in Teil E erklären, worauf diese Größenunterschiede zurückzuführen sind.

Das zur Berechnung der Geldschöpfungskoeffizienten notwendige Zahlenmaterial wird im Anhang gebracht. Es erscheint eingeordnet in Bankbilanzen — Bilanzen des Zentralbanksystems und Bilanzen der Kreditinstitute — die uns den Vorgang der Geldversorgung unserer Volkswirtschaft zeigen. An Hand der Bilanzen des Zentralbanksystems kann einerseits gezeigt werden, in welcher Höhe Notenbankguthaben geschöpft wurden, andererseits, wodurch es zu dieser Schöpfung gekommen ist. Die zusammengefaßten Bilanzen aller Kreditinstitute ermöglichen sowohl die Darstellung der Höhe der Geldschöpfung seitens der Kreditinstitute als auch ihrer Ursachen.

A. Die Grundlagen für die zahlenmäßige Feststellung der Geldschöpfungskoeffizienten

I. Die Geldmenge und die verschiedenen Arten der Geldschöpfung

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Berechnung der verschiedenen Geldschöpfungskoeffizienten ist der Begriff „Geldmenge“. Da unsere Arbeit nicht über die Geldschöpfungsmöglichkeit einer einzelnen Kreditbank, sondern sämtlicher Kreditinstitute Auskunft geben soll, interessiert auch nicht die Geldmenge, die eine einzelne Kreditbank im Laufe der Zeit geschaffen hat, sondern die Geldmenge (Geldvolumen), die innerhalb einer Volkswirtschaft vorhanden ist und volkswirtschaftlich wirksam ist. Wenn der Begriff „volkswirtschaftlich wirksames Geld“ gebraucht wird, so soll damit zum Ausdruck kommen, daß Geldbeträge, die in den Kassen der Kreditinstitute oder bei der Notenbank liegen, nicht zum Geldvolumen hinzugerechnet werden. Demnach setzt sich das Geldvolumen einer Volkswirtschaft zusammen aus den außerhalb des gesamten Bankensystems umlaufenden Bar- oder Stückgeldbeträgen („Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute“) und aus den der Wirtschaft, den Privaten und den öffentlichen Körperschaften gehörenden Buch- oder Giralgeldbeträgen („Sichteinlagen von Nichtbanken bei den Kreditinstituten“). Erwähnt sei noch, daß von den außerhalb des gesamten Bankensystems umlaufenden Bargeldbeträgen ein Teil nicht zum volkswirtschaftlich wirksamen Geld zu zählen braucht; es sind dies die Beträge, die gehortet werden, d. h. dem Umlauf entzogen und vorübergehend stillgelegt worden sind. Diese Beträge lassen sich aber nicht erfassen und können deshalb nicht berücksichtigt werden.

Vergrößert sich nun diese Geldmenge (Bargeld + Sichteinlagen), so muß eine Geldschöpfung, verringert sie sich, so muß eine Geldvernichtung stattgefunden haben.

Die Frage lautet nun, wie Geld geschaffen und wie es vernichtet werden kann. Um diese Vorgänge vollkommen klarmachen zu können, stellen wir uns eine zusammengefaßte Bilanz sämtlicher Kreditinstitute vor. Darin sollen nicht alle Positionen einzeln, sondern nur die wichtigsten und für uns interessantesten aufgeführt werden. Außerdem werden noch einige Vereinfachungen vorgenommen, die dann die folgende Darstellung erleichtern. In einer zusammengefaßten Bilanz aller Kreditinstitute werden die Forderungen und Verpflich-

tungen zwischen den einzelnen Kreditinstituten sich gegenseitig aufheben und deshalb nicht erscheinen.

Zusammengefaßte statistische Bilanz aller Kreditinstitute

Aktiv-Seite

1. kurzfristige Kredite
(einschließlich der bei der Notenbank rediskontierten Wechsel)
2. mittel- und langfristige Kredite
3. Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen
(einschließlich der an die Notenbank weiterverkauften Wertpapiere)
4. Auslandsaktiva minus Auslandspassiva
(einschließlich der gleichen Beträge bei der Notenbank)
5. Grundstücke und Gebäude plus sonstige Aktiva minus Kapital und Rücklagen minus sonstige Passiva

Passiv-Seite

1. Bargeldumlauf
2. Sichteinlagen
3. Termineinlagen
4. Spareinlagen
5. Schulverschreibungen der Kreditinstitute (im Umlauf)
6. bei Nichtbanken längerfristig aufgenommene Gelder
- (7. Auslandspassiva, siehe Aktivseite)
- (8. Kapital und Rücklagen plus sonstige Passiva, siehe Aktivseite).

Diese Zusammenstellung wurde in Anlehnung an die in den Monatsberichten der Bank deutscher Länder veröffentlichte „Zusammengefaßte statistische Bilanz aller Kreditinstitute einschließlich des Zentralbanksystems“¹ angefertigt.

Bei der folgenden Betrachtung sind nur die Veränderungen der Gesamtgrößen von Bedeutung. Wenn die Kreditsumme innerhalb eines Zeitraumes steigt, sind Anfangsbestand, Endbestand und somit die Zunahme oder Abnahme von Bedeutung, dagegen interessiert nicht, daß z. B. zurückgezahlte Kredite durch neue ersetzt wurden.

Welche Wirkungen können von Veränderungen der Aktivseite auf die Geldmenge entstehen? Nehmen wir an, daß nur eine der Bilanzpositionen variiert wird und die anderen konstant bleiben. Werden mehr Kredite gewährt (gleichgültig, ob kurz-, mittel- oder langfristige Kredite), so wird die Geldmenge vergrößert. Ebenso verhält es sich beim Ankauf von Wertpapieren, von Forderungen gegen das Ausland

¹ Vgl. in den Heften ab Oktober 1951.

und beim Ankauf sonstiger Gegenstände, wobei die beiden zuletzt genannten Positionen vorher mit den Veränderungen der entsprechenden Positionen auf der Passivseite saldiert werden müssen. Wir kommen also generell zu dem Schluß, daß jede Zunahme der Aktivseite unserer Bilanz eine Geldvermehrung darstellt. Umgekehrt tritt bei einer Verminderung der Positionen der Aktivseite eine Geldvernichtung ein. Es ist aber der Fall denkbar, daß jemand, der bisher in Wertpapieren gespart hat, diese nun den Kreditinstituten verkauft und dafür bankmäßig spart, so daß beim Ankauf von Wertpapieren zwar eine Veränderung der Aktivseite, jedoch keine geldvermehrnde Wirkung entsteht. Dieser zuletzt aufgeführte Fall oder ähnliche dürften jedoch nicht so große Bedeutung haben, daß der generell aufgestellte Satz — jede Veränderung auf der Aktivseite unserer Bilanz führt zu einer Geldvermehrung oder Geldvernichtung — aufgehoben wird.

Weil Veränderungen der Positionen auf der Aktivseite unserer Bilanz die gleiche Wirkung auf die Geldmenge ausüben und die Kredite die weitaus größten Positionen ausmachen, werden wir der einfacheren Darstellung halber für eine Veränderung auf der Aktivseite auch den Ausdruck vermehrte oder verminderte Kreditgewährung gebrauchen.

Welche Vorgänge können nun von der Passivseite unserer Bilanz her auf die Geldmenge einwirken? Auf der Passivseite stehen einmal das Geldvolumen selber (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) und zum anderen die stillgelegten Beträge oder befristeten Einlagen (Termineinlagen, Spareinlagen, Schuldverschreibungen der Kreditinstitute und die bei Nichtbanken längerfristig aufgenommenen Gelder).

Auch durch Veränderungen der Positionen auf der Passivseite kann sich eine Geldvermehrung oder Geldvernichtung ergeben. Wenn angenommen wird, daß die Aktivseite konstant bleibt, kann die Geldmenge vergrößert werden durch Abnahme der befristeten Einlagen oder umgekehrt verkleinert werden durch Zunahme der befristeten Einlagen. Das würde heißen, daß einmal ein Entsparungsprozeß, das andere Mal ein Sparprozeß stattgefunden hat. Die Wirkung bei der Zu- oder Abnahme der Termineinlagen, der Schuldverschreibungen der Kreditinstitute und der längerfristig aufgenommenen Gelder auf die Geldvermehrung bzw. Geldvernichtung ist genau dieselbe wie beim Entsparen oder Sparen.

Betrachtet man die Aktiv- und die Passivseite zusammen, dann kann also ganz allgemein die Geldmenge vergrößert werden durch vermehrte Kreditgewährung und durch ein Zurückgehen der befristeten Einlagen; sie wird verringert durch verminderte Kreditgewährung und durch eine Zunahme dieser Einlagen.

Die Höhe der befristeten Einlagen und der Kreditgewährung bestimmt also die Geldmenge. Daraus ergeben sich folgende Variationsmöglichkeiten:

1. Die Geldmenge bleibt konstant bei:

- a) kompensatorischer Geldschöpfung durch kompensatorische Kreditgewährung. D. h., es werden von den Kreditinstituten in dem gleichen Ausmaß vermehrt Kredite gewährt, wie die befristeten Einlagen zunehmen. Die Geldvernichtung durch das Entstehen befristeter Einlagen wird kompensiert durch vermehrte Kreditgewährung.
- b) kompensatorischer Geldvernichtung durch kompensatorische Kreditverminderung. D. h., es werden von den Kreditinstituten die Kredite in dem gleichen Ausmaß verringert, wie die befristeten Einlagen zurückgehen. Die Geldvermehrung durch das Abnehmen der befristeten Einlagen wird kompensiert durch verringerte Kreditgewährung.

2. Die Geldmenge wird größer bei:

- a) zusätzlicher Geldschöpfung durch zusätzliche Kreditgewährung. D. h., es werden von den Kreditinstituten in größerem Ausmaß Kredite gewährt als die befristeten Einlagen zunehmen. Diese über die kompensatorische hinausgehende Geldschöpfung bezeichnen wir als zusätzliche Geldschöpfung und somit die über die kompensatorische hinausgehende Kreditgewährung als zusätzliche Kreditgewährung.
- b) zusätzlicher Geldschöpfung durch ein Abnehmen der befristeten Einlagen, ohne daß eine entsprechende Verringerung der Kreditgewährung eintritt.

3. Die Geldmenge wird kleiner bei:

- a) zusätzlicher Geldvernichtung durch zusätzliche Kreditverminderung. D. h., es werden von den Kreditinstituten die Kredite in größerem Ausmaß verringert als die befristeten Einlagen zurückgehen. Diese über die kompensatorische hinausgehende Geldvernichtung bezeichnen wir als zusätzliche Geldvernichtung und somit die über die kompensatorische hinausgehende Kreditminderung als zusätzliche Kreditminderung.
- b) zusätzlicher Geldvernichtung durch Zunahme der befristeten Einlagen, ohne daß eine entsprechende Vermehrung der Kreditgewährung eintritt.

Die zusätzliche Geldschöpfung (Geldmengenvermehrung) kann also einmal durch zusätzliche Kreditgewährung und zum anderen durch eine Abnahme der befristeten Einlagen entstehen. Die zusätzliche Kreditgewährung bedeutet immer eine zusätzliche Geldschöpfung. Ist nämlich bei einer vermehrten Kreditgewährung keine Geldmengen-

vermehrung eingetreten, so kann es nur eine kompensatorische und nicht eine zusätzliche Kreditgewährung gewesen sein. Andererseits braucht nicht jede zusätzliche Geldschöpfung allein durch eine zusätzliche Kreditgewährung entstanden zu sein. Eine solche Geldschöpfung kann auch zum Teil oder ganz durch eine Abnahme der befristeten Einlagen verursacht sein. Genau umgekehrt liegen die Verhältnisse bei der zusätzlichen Geldvernichtung.

II. Das Notenbankguthaben der Kreditinstitute

Das Notenbankguthaben der Kreditinstitute besteht, wie schon in der Einleitung erwähnt, aus der Kassenhaltung an Stückgeld und aus den Einlagen bei der Notenbank. In unserer zusammengefaßten Bilanz aller Kreditinstitute sind diese Positionen nicht extra ausgewiesen. Sie sind aber trotzdem darin enthalten, nämlich dadurch, daß wir die Aktivseite um die Aktivposten erweitert hatten, die schon an die Notenbank weitergegeben waren. Es sind dies hauptsächlich die bei der Notenbank rediskontierten Wechsel, die an die Notenbank verkauften oder lombardierte Wertpapiere und die Forderungen und Verpflichtungen gegen das Ausland, die die Notenbank übernommen hat. Die Passivseite wurde erweitert um den Bargeldumlauf. Nehmen wir diese Posten aus unserer zusammengefaßten Bilanz aller Kreditinstitute heraus, dann bleibt dafür auf der Aktivseite das Notenbankguthaben der Kreditinstitute übrig.

Aus der Art der Darstellung können wir entnehmen, daß den Kreditinstituten Notenbankguthaben von der Notenbank zufließt, bzw. von ihnen beschafft werden kann, wenn:

1. vermehrt Wechsel bei der Notenbank rediskontiert werden,
2. zusätzlich Wertpapiere an die Notenbank verkauft oder lombardiert werden,
3. Forderungen gegen das Ausland an die Notenbank verkauft werden,
4. die Notenbank selbst sonstige Aktiva kauft.

In den umgekehrten Fällen geht den Kreditinstituten Notenbankguthaben an die Notenbank verloren.

Unter der von uns gemachten Einschränkung, nach der nur die Kreditinstitute die Notenbank beanspruchen dürfen, entspricht die Höhe des den Kreditinstituten von der Notenbank zugeflossenen oder an sie verlorengegangenen Notenbankguthabens der Höhe der Schöpfung bzw. Vernichtung von Notenbankguthaben durch die Notenbank.

Für die Berechnung des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten und des Kreditschöpfungskoeffizienten benötigen wir die Höhe des

den Kreditinstituten von der Notenbank zugeflossenen oder an sie verlorengegangenen Notenbankguthabens. Die Höhe dieses Notenbankguthabens läßt sich aus zwei Bilanzen ermitteln. Von der zusammengefaßten Bilanz aller Kreditinstitute ausgehend kann sie aus den Veränderungen der Kassenhaltung der Kreditinstitute an Stückgeld, den Einlagen der Kreditinstitute bei der Notenbank und den Veränderungen des Bargeldumlaufs außerhalb der Kreditinstitute festgestellt werden.

Der Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute und die Kassenhaltung der Kreditinstitute an Stückgeld ergeben zusammen den Bargeldumlauf außerhalb der Notenbank. Die zweite Möglichkeit für die Ermittlung der Höhe des den Kreditinstituten von der Notenbank zugeflossenen oder an sie verlorengegangenen Notenbankguthabens besteht darin, daß die Veränderungen der Einlagen der Kreditinstitute bei der Notenbank und die Veränderungen des Bargeldumlaufs außerhalb der Notenbank festgestellt werden. Für Feststellung dieser Zahlen sind jedoch die Bilanzen der Notenbank zu verwenden.

Wir haben in unserer Arbeit von der zweiten Möglichkeit Gebrauch gemacht und die Höhe des den Kreditinstituten von der Notenbank zugeflossenen oder an sie verlorengegangenen Notenbankguthabens auf Grund der zusammengefaßten Bilanzen des Zentralbanksystems errechnet.

III. Der Aufbau unseres Zentralbanksystems und die dadurch zusätzlich auftauchenden Probleme

Im folgenden sollen die Probleme behandelt werden, die sich bei der Berechnung der Geldschöpfungskoeffizienten aus dem tatsächlichen Aufbau unseres heutigen Zentralbanksystems ergeben².

Das einstufige Reichsbanksystem wurde in Westdeutschland durch ein zweistufiges Zentralbanksystem ersetzt. Aus den alten Reichsbankfilialen wurden Landeszentralbanken, und zwar in den einzelnen Ländern der amerikanischen und französischen Besatzungszone bereits im Jahre 1946, in der britischen Besatzungszone erst am 8. März 1948. Zum gleichen Zeitpunkt wurde die Bank deutscher Länder mit ihrem Sitz in Frankfurt/Main (ohne Niederlassungen und Filialen) errichtet.

Die Bank deutscher Länder ist das Spitzeninstitut und das einzige Notenemissionsinstitut unseres westdeutschen zweistufigen Zentral-

² Vgl. III. Einleitung.

banksystems. Ihre sonstige Tätigkeit ist im wesentlichen eingeschränkt auf die Geschäfte mit³:

1. den angeschlossenen Landeszentralbanken; für diese dient sie als Abrechnungsstelle und letzte Refinanzierungsquelle und verwaltet deren Mindestguthaben.
2. der Bundesregierung; sie führt die Finanz- und Kassengeschäfte für den Bund und dessen Einrichtungen.
3. den Zentralbanken des Auslandes im Zusammenhang mit der Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Auslandsgeschäft.

Die Landeszentralbanken haben die Aufgabe, die Finanz- und Kassengeschäfte der Länder und deren öffentlichen Körperschaften zu führen. Weiterhin sind sie die letzte Abrechnungsstelle und Refinanzierungsquelle der Kreditinstitute, deren Mindestreserven sie verwalten. Mit Wirtschaft und Privaten unterhalten sie keine geschäftlichen Beziehungen, ausgenommen die Landeszentralbanken der ehemaligen französischen Zone⁴. Dieses Recht wurde auch bei der Bildung des Landes Baden-Württemberg für das Gebiet der ehemaligen französischen Besatzungszone aufrechterhalten⁵. Die Landeszentralbanken sind jedoch befugt, von jedermann unverzinsliche Gelder im Giroverkehr oder als Einlage anzunehmen⁶.

Zur Koordinierung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken dient der sog. Zentralbankrat. Dieser macht unser zweistufiges Zentralbanksystem in gewisser Beziehung zu einer Einheit. Dies geht schon aus der Zusammensetzung des Zentralbankrates hervor, in dem ein von ihm gewählter Präsident, der Präsident des Direktoriums der Bank deutscher Länder und die Präsidenten der Landeszentralbanken vertreten sind; außerdem kann die Bundesregierung beratende Vertreter zu den Sitzungen des Zentralbankrates entsenden. Die Obliegenheit des Zentralbankrates ist es, die gemeinsame Bankpolitik zu bestimmen und größtmögliche Einheitlichkeit der Bankpolitik in den verschiedenen Bundesländern zu sichern. Zur Erfüllung dieser Aufgabe gehört es, daß der Zentralbankrat „über alle grundsätzlichen Fragen der Kreditpolitik und über alle anderen

³ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für die Jahre 1948 und 1949, S. 52.

⁴ Vgl. Gesetze über die Errichtung der Landeszentralbanken, abgedruckt im Handbuch des gesamten Kreditwesens, 5. Aufl., Frankfurt/Main 1953, S. 93 ff. Die Verordnung 209 für das französische Kontrollgebiet unterscheidet sich in diesem Punkt (§ 13) von den Gesetzen für die übrigen Besatzungsgebiete.

⁵ Vgl. zweites Gesetz über die Ermächtigung der vorläufigen Regierung zur Vereinigung der Landeszentralbanken von Baden, von Württ.-Baden und von Württ. und Hohenzollern zur Landeszentralbank von Baden-Württemberg, § 1 Abs. II, abgedruckt im Handbuch für das gesamte Kreditwesen, S. 105.

⁶ Vgl. Gesetze über die Errichtung der Landeszentralbanken, § 14 Abs. I.

Angelegenheiten auf dem Gebiet der Bankpolitik, die einer übereinstimmenden Regelung im Währungsgebiet und einer einheitlichen Handhabung bei allen Landeszentralbanken bedürfen“⁷, entscheidet.

Trotz der Zweistufigkeit unseres westdeutschen Zentralbanksystems ist also eine Einheitlichkeit der Notenbankpolitik gewährleistet. Für die Problemstellung unserer Arbeit genügt es daher, das Zentralbanksystem als eine Einheit zu betrachten. Die von Stucken⁸ angedeutete mögliche Problematik, die sich aus dem Aufbau unseres zweistufigen Zentralbanksystems auf die Geldpolitik ergeben könnte, berührt die Geldschöpfung und den Geldschöpfungskoeffizienten der Kreditinstitute direkt nicht.

Wir hatten für unsere bisherige Darstellung eine Vereinfachung vorgenommen: Die Notenbank sollte danach nur von den Kreditinstituten in Anspruch genommen werden dürfen; d. h., es wurde unterstellt, daß Wirtschaft, Private und öffentliche Körperschaften nur von den Kreditinstituten Kredite nehmen und auch nur bei diesen Einlagen halten dürfen. Weiterhin folgte aus jener Unterstellung, daß der Notenbank nur eine Schöpfung von Notenbankguthaben, die den Kreditinstituten zufließen, möglich sei. Eine direkte Geldschöpfung sollte ihr unmöglich sein.

Wie am Aufbau unseres Zentralbanksystems gezeigt wurde, sind aber diese von uns bisher angenommenen theoretischen Voraussetzungen in der Bundesrepublik nicht gegeben. Das westdeutsche Zentralbanksystem ist nämlich befugt, Bund und Ländern und deren Körperschaften, in der ehemaligen französischen Besatzungszone auch der Wirtschaft und den Privaten, Kredite zu gewähren, und außerdem unverzinsliche Einlagen von jedermann hereinzunehmen. Da aber jede Kreditgewährung an Nichtbanken eine Geldschöpfung bedeutet, kann eine Schöpfung von Notenbankguthaben durch das Zentralbanksystem nun auch gleichzeitig eine Geldschöpfung sein.

Welche zusätzlichen Probleme ergeben sich nun hieraus? Das Geldvolumen besteht jetzt nicht mehr allein aus dem Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute und den Sichteinlagen von Nichtbanken bei den Kreditinstituten; es kommen also noch die Einlagen (Sichteinlagen) von Nichtbanken beim Zentralbanksystem dazu. Dieses Geldvolumen ist aber nicht mehr allein von den Kreditinstituten geschöpft worden, sondern ein Teil davon ist durch eine Geldschöpfung des Zentralbanksystems entstanden.

Würde nun die Geldschöpfung des Zentralbanksystems die gleiche Höhe wie die der Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem haben, dann wäre dieses Problem ganz einfach. In diesem Fall könnte

⁷ Geschäftsbericht der BdL für die Jahre 1948 und 1949, S. 53.

⁸ Vgl. R. Stucken, Geldpolitik im zweistufigen Zentralbanksystem, Zeitschrift für das ges. Kreditwesen, 4. Jahrgang, 1951, S. 142 f.

man beide Posten vollkommen unberücksichtigt lassen, weil die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute dann nicht beeinflusst würde. Kann man diese beiden Posten aber auch dann noch vollkommen unberücksichtigt lassen, wenn entweder

1. die Geldschöpfung durch das Zentralbanksystem größer ist als die Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem oder
2. die Einlagen größer sind als die Geldschöpfung?

ad 1. Im ersten Fall wird das von uns erfaßte Geldvolumen (Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute und Sichteinlagen bei den Kreditinstituten) nicht mehr allein durch eine Geldschöpfung der Kreditinstitute entstanden sein. Genau der Betrag nämlich, um den die Geldschöpfung des Zentralbanksystems die Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem übersteigt, ist auf eine Geldschöpfung des Zentralbanksystems zurückzuführen. Wird dieser Betrag größer — entweder dadurch, daß vom Zentralbanksystem an Nichtbanken Kredite gewährt werden oder dadurch, daß von Nichtbanken schon vorhandene Einlagen beim Zentralbanksystem abgezogen werden — dann bedeutet dies, daß Geldbeträge, die Nichtbanken gehören, vom Zentralbanksystem den Kreditinstituten überwiesen werden⁹. In der gleichen Höhe der überwiesenen Geldbeträge fließt den Kreditinstituten Notenbankguthaben zu. Wenn als Bestimmungsfaktoren für das den Kreditinstituten vom Zentralbanksystem zufließende oder an dieses verlorengelassene Notenbankguthaben die Veränderungen des Bargeldumlaufs außerhalb des Zentralbanksystems und die Veränderungen der Einlagen der Kreditinstitute beim Zentralbanksystem genommen werden sollen, dann ist darin dieses Notenbankguthaben schon mit erfaßt. Die Kreditinstitute können über dieses ihnen zugeflossene Notenbankguthaben aber nicht in voller Höhe frei verfügen. Denn von den Nichtbanken wird wahrscheinlich ein Teil (Barabhebungssatz) der aus dem Zentralbanksystem überwiesenen Gelder den Kreditinstituten in Stückgeld abverlangt werden¹⁰. Der restliche Teil wird dagegen als Sichteinlage bei den Kreditinstituten stehen bleiben. Für diese Sichteinlagen müssen die Kreditinstitute dann Mindestreserven halten. Von dem den Kreditinstituten in diesem Zusammenhang zugeflossenen Notenbankguthaben behalten sie also nur soviel zu ihrer freien Verfügung, als ihnen verbleibt, wenn die für die Barabhebung und Mindestreservehaltung erforderlichen Beträge abgezogen werden. Da auch die Wirkung dieser Geldschöpfung des Zentralbanksystems auf die Kreditinstitute abhängig ist vom Barabhebungssatz und Mindest-

⁹ Wenn man von der Möglichkeit absieht, daß die Landeszentralbanken direkt an Nichtbanken Stückgeld auszahlen können.

¹⁰ Wenn von den Landeszentralbanken direkt an Nichtbanken Stückgeld ausgezahlt wird, vermindert sich diese Barabhebung entsprechend.

reservesatz, ist es für die Berechnung der Geldschöpfungskoeffizienten gleichgültig, ob man von dem von uns erfaßten Geldvolumen diese Geldschöpfung des Zentralbanksystems abzieht und entsprechend auch das den Kreditinstituten zufließende Notenbankguthaben vermindert, oder ob man diese Geldschöpfung der leichteren Darstellung wegen als eine Geldschöpfung der Kreditinstitute behandelt. Die Höhe der Geldschöpfungskoeffizienten der Kreditinstitute wird dadurch nicht beeinflusst.

Unabhängig davon wird die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute aber doch dadurch erleichtert, daß ihnen dabei frei verfügbares Notenbankguthaben vom Zentralbanksystem zufließt, das sie dann für eine weitere Geldschöpfung verwenden können.

ad 2. Im zweiten Fall ist das von uns erfaßte Geldvolumen allein durch eine Geldschöpfung der Kreditinstitute entstanden. Darüber hinaus ist auch noch der Betrag der Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem, der über die Geldschöpfung des Zentralbanksystems hinausgeht, auf eine Geldschöpfung der Kreditinstitute zurückzuführen. Wird dieser Betrag größer — entweder dadurch, daß von Nichtbanken Kredite an das Zentralbanksystem zurückgezahlt werden oder dadurch, daß von Nichtbanken Einlagen beim Zentralbanksystem gebildet werden — dann bedeutet dies, daß Geldbeträge, die Nichtbanken gehören, von den Kreditinstituten dem Zentralbanksystem überwiesen werden¹¹. In der gleichen Höhe der überwiesenen Geldbeträge geht den Kreditinstituten Notenbankguthaben an das Zentralbanksystem verloren.

Es ergibt sich nun die Frage: Soll man diese von den Kreditinstituten geschöpften Geldbeträge, die als Einlagen beim Zentralbanksystem erscheinen und entsprechend auch das den Kreditinstituten in gleicher Höhe an das Zentralbanksystem verlorengegangene Notenbankguthaben bei der Berechnung der Geldschöpfungskoeffizienten berücksichtigen oder soll man beide Größen weglassen?

Aus praktischen Gründen, weil sonst die Darstellung der Geldschöpfungskoeffizienten zu kompliziert werden würde, wollen wir auf die Einbeziehung dieser Beträge bei der Berechnung des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten verzichten. Bei der Berechnung des Kreditschöpfungskoeffizienten, bei dem ja gerade die gesamte Geldschöpfung der Kreditinstitute erfaßt werden soll, empfiehlt es sich dagegen, auch die von den Kreditinstituten geschöpften Geldbeträge, die als Einlagen beim Zentralbanksystem erscheinen, mit zu erfassen. Jedoch werden auch hier am besten die entsprechenden Veränderungen der Notenbankguthaben der Kreditinstitute unberücksichtigt gelassen, weil dann eine Vergleichbarkeit zwischen „wirklichem“ Geld-

¹¹ Wenn man von der Möglichkeit absieht, daß Nichtbanken direkt bei den Landeszentralbanken Stückgeld einzahlen können.

schöpfungskoeffizienten und Kreditschöpfungskoeffizienten gewährleistet bleibt.

Die Bedeutung dieser Überweisung von Geldbeträgen ins Zentralbanksystem für die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute liegt außerdem nicht darin, daß dadurch ein wesentlicher Einfluß auf die Höhe der Geldschöpfungskoeffizienten der Kreditinstitute ausgeübt wird, sondern vielmehr darin, daß den Kreditinstituten dabei Notenbankguthaben an das Zentralbanksystem verlorengehen, die sie sonst für eine Geldschöpfung hätten verwenden können.

Außer den von uns genannten vier Möglichkeiten¹², bei denen den Kreditinstituten Notenbankguthaben vom Zentralbanksystem zufließen oder umgekehrt Notenbankguthaben an das Zentralbanksystem verlorengehen können, kommt nun also eine weitere Möglichkeit hinzu: Geldbeträge, die Nichtbanken gehören, werden vom Zentralbanksystem den Kreditinstituten überwiesen (den Kreditinstituten fließen Notenbankguthaben zu) oder Geldbeträge, die Nichtbanken gehören, werden von den Kreditinstituten dem Zentralbanksystem überwiesen (den Kreditinstituten gehen Notenbankguthaben verloren).

Das Problem der Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem und der Geldschöpfung durch das Zentralbanksystem erscheint außerdem auch bei der Berechnung des Barabhebungssatzes. Dieser soll berechnet werden aus dem Anteil des Stückgeldumlaufes an der Gesamtgeldmenge. Es ergibt sich nun die Frage, ob man unter der Gesamtgeldmenge weiterhin nur den Stückgeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute und die Sichteinlagen von Nichtbanken bei den Kreditinstituten allein verstehen oder ob man auch die Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem in die Gesamtgeldmenge mit einbeziehen soll. Wenn man schon die Veränderungen der Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem und die direkt daraus resultierenden Einflüsse auf die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute unberücksichtigt läßt, weil man sie bei der Berechnung der Geldschöpfungskoeffizienten schlecht unterbringen kann, dann dürfen auch diese Beträge bei der Berechnung des Barabhebungssatzes nicht berücksichtigt werden.

Die Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem gehören nur zu einem sehr kleinen Teil der Wirtschaft und den Privaten, der weitaus größte Teil besteht aus der Kassenhaltung des Bundes. Der Geldcharakter dieser Einlagen beim Zentralbanksystem ist außerordentlich problematisch, weil diese Einlagen des Bundes größtenteils längerfristige Rückstellungen von Kassenüberschüssen sind, über die jahrelang nicht verfügt wurde. Auch aus diesem Grunde empfiehlt

¹² Vgl. A. II. Das Notenbankguthaben der Kreditinstitute.

es sich, sie bei der Berechnung des Barabhebungssatzes nicht zu berücksichtigen.

Wer auf den Grundlagen unserer Theorie der Geldschöpfung empirisches Zahlenmaterial verarbeiten will, wird sich der besonderen Problematik, die sich aus den Veränderungen der Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem ergibt, bewußt sein müssen. Wie gerade die vergangenen Jahre gezeigt haben, sind von dieser Seite Einflüsse in einer Größenordnung möglich, die nicht außer acht gelassen werden dürfen, wenn man zu praktischen geldpolitischen Aussagen kommen will.

B. Der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient

Der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient sollte aus dem Verhältnis der zusätzlichen Geldschöpfung zu der Höhe des von den Kreditinstituten für diese Geldschöpfung benötigten Notenbankguthabens festgestellt werden. Da die Höhe des von den Kreditinstituten für die zusätzliche Geldschöpfung benötigten Notenbankguthabens von dem Barabhebungssatz und dem Mindestreservesatz bestimmt wird, kann der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient allein aus diesen beiden Größen berechnet werden. Er bezieht sich nur auf die zusätzliche Geldschöpfung, die durch eine zusätzliche Kreditgewährung ermöglicht wird.

I. Der Barabhebungssatz

Wie schon erwähnt, ist der Barabhebungssatz das Verhältnis des abverlangten Stückgeldes zu der zusätzlich entstandenen Gesamtgeldmenge. Er ist bei einer zusätzlichen Geldschöpfung 1, wenn die zusätzlich geschöpfte Geldmenge den Kreditinstituten zu 100 %, er ist $\frac{1}{2}$, wenn sie ihnen zu 50 % in Stückgeld abverlangt wird, und er ist folglich 0, wenn von den Kreditinstituten kein Stückgeld gefordert wird.

Die Höhe des Barabhebungssatzes wird bestimmt von den Zahlungsgewohnheiten der Wirtschaftssubjekte. Diese bestimmen aber nicht nur den Barabhebungssatz, sondern überhaupt das Verhältnis der Stückgeldmenge zur Giralgeldmenge.

Welche Einflüsse werden nun die Zahlungsgewohnheiten bei der zusätzlichen Geldschöpfung auf den Barabhebungssatz ausüben? Es sind drei Fälle möglich:

1. Die Zahlungsgewohnheiten bleiben gleich:

Der Barabhebungssatz wird genau so groß sein wie das Verhältnis des gesamten Stückgeldes zu der gesamten Geldmenge.

2. Die Zahlungsgewohnheiten ändern sich zugunsten des Giralgeldes:

Der Barabhebungssatz wird kleiner werden, und zwar im gleichen Ausmaß, wie das gesamte Stückgeld im Verhältnis zur Gesamtgeldmenge abnimmt.

3. Die Zahlungsgewohnheiten ändern sich zugunsten des Stückgeldes:

Der Barabhebungssatz wird größer werden, und zwar im gleichen Ausmaß, wie das gesamte Stückgeld im Verhältnis zur Gesamtgeldmenge zunimmt.

Obwohl der Barabhebungssatz sich nur auf die zusätzliche Geldschöpfung bezieht, wird er also trotzdem von dem jeweiligen Verhältnis des Stückgeldes zur gesamten Geldmenge bestimmt. Dies läßt sich dadurch erklären, daß sowohl der Barabhebungssatz als auch der jeweilige Anteil des Stückgeldes an der Gesamtgeldmenge durch den gleichen Faktor — die Zahlungsgewohnheiten der Wirtschaftssubjekte — bestimmt wird.

Theoretisch ist allerdings auch der Fall denkbar, daß der Barabhebungssatz und der jeweilige Anteil des Stückgeldes an der Gesamtgeldmenge nicht die gleiche Höhe aufweisen. Dieser Fall ist gegeben, wenn die Veränderung der Zahlungsgewohnheiten der Wirtschaftssubjekte durch eine zusätzliche Geldschöpfung verursacht wird, d. h. also, wenn zusätzliche Geldschöpfung und Veränderung der Zahlungsgewohnheiten in ursächlichem Zusammenhang stehen. Der Barabhebungssatz wird dann kleiner sein als der jeweilige Anteil des Stückgeldes an der Gesamtgeldmenge, wenn die Zahlungsgewohnheiten sich zugunsten des Giralgeldes ändern und umgekehrt. Dieser Einfluß der Geldvermehrung auf die Zahlungsgewohnheiten läßt sich aber nicht zahlenmäßig erfassen und kann deshalb von uns bei der Berechnung des Barabhebungssatzes nicht berücksichtigt werden.

Die Barabhebungssätze sollen nun für die Bundesrepublik aus dem jeweiligen Anteil der Stückgeldmenge an der Gesamtgeldmenge ermittelt werden. Die Gesamtgeldmenge setzt sich aus dem Stückgeld und dem Giralgeld zusammen, in unserem Fall aus dem Stückgeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute und den Sichteinlagen von Nichtbanken bei den Kreditinstituten¹. Der jeweilige Anteil des Stückgeldumlaufs außerhalb der Kreditinstitute an der aus diesem Stückgeldumlauf plus Sichteinlagen bei den Kreditinstituten gebildeten Gesamtgeldmenge ergibt also den von uns gesuchten Barabhebungssatz.

In der folgenden Übersicht wird dieser Barabhebungssatz auf der Grundlage der jeweiligen Monatsendwerte errechnet und daraus der Jahresdurchschnitt ermittelt^a.

Der Anteil des Stückgeldes an der von uns erfaßten Gesamtgeldmenge beträgt im Durchschnitt des gesamten Beobachtungszeitraumes ungefähr 48 %. Die Abweichungen hiervon in den einzelnen Monaten und Jahren sind relativ klein. *Schneider* kommt bei der Berechnung des Barabhebungssatzes für die gleiche Zeit nur auf einen Satz von 40 %². Der Unterschied zu unserem Ergebnis entstand dadurch, daß

¹ Vgl. Tabelle 6 im Anhang Teil I.

² Vgl. E. *Schneider*, Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, 3. Aufl., S. 56 ff.

in v.H.	Barabhebungssatz (c)							
	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Januar	—	48,6	48,2	45,6	46,7	49,0	48,7	47,2
Februar	—	48,5	49,0	45,3	47,7	49,6	49,0	47,8
März	—	48,3	49,5	45,8	47,4	49,3	48,6	47,7
April	—	48,0	49,4	46,3	47,2	48,9	48,5	47,8
Mai	—	47,5	48,0	45,9	48,2	48,2	47,6	47,0
Juni	—	48,0	49,2	46,2	48,1	48,0	47,8	47,0
Juli	—	48,7	—	46,6	47,9	48,6	48,0	47,5
August	—	48,3	—	47,0	48,0	48,4	47,3	46,6
September	—	48,3	47,2	48,0	48,0	48,4	47,7	47,7
Oktober	50,5	47,5	—	46,3	48,2	49,0	48,0	46,7
November	48,6	47,0	46,0	46,3	48,5	48,2	47,0	46,5
Dezember	49,0	48,2	46,5	45,6	47,5	48,0	45,5	45,3
Jahres- mittel	49,4 ^{b)}	48,1	48,1	46,2	47,8	48,7	47,8	47,1

a) Der Jahresdurchschnittswert wurde als das arithmetische Mittel der Monatsendwerte errechnet.

b) Nur für die Monate Oktober bis Dezember.

von Schneider nicht nur die Sichteinlagen bei den Kreditinstituten, sondern auch die Sichteinlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem (einschließlich der vom Bund vorübergehend in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge) in die Berechnung einbezogen wurden. Auf die Gründe, die uns veranlaßt haben, diese Sichteinlagen unberücksichtigt zu lassen, sind wir schon im Zusammenhang mit dem Aufbau unseres Zentralbanksystems und der sich daraus ergebenden Problematik eingegangen³.

II. Der Mindestreservesatz

Das für die Geldschöpfung von den Kreditinstituten benötigte Notenbankguthaben wird, wie erwähnt, außer von dem Barabhebungssatz auch noch von dem Mindestreservesatz mitbestimmt. Als Definition des Mindestreservesatzes hatten wir das Verhältnis der zusätzlichen vorgeschriebenen Mindestreservehaltung zu dem neu entstandenen Giralgeld angegeben. Es sind hier also die Mindestreservesätze für Sichteinlagen gemeint.

Die vorgeschriebenen Mindestreservesätze für Sichteinlagen werden den Monatsberichten der Bank deutscher Länder entnommen⁴. Diese Sätze unterscheiden sich ihrer Höhe nach einmal nach Bankplätzen und Nebenplätzen und ab Mai 1952 auch noch nach Reserveklassen. Kreditinstitute, die ihre Niederlassungen an Bankplätzen haben, d. h.

³ Vgl. S. 25 f.

⁴ Die Mindestreservesätze werden vom Zentralbankrat festgesetzt.

an Orten mit einer Landeszentralbank oder einer Landeszentralbankfiliale, müssen einen höheren Prozentsatz an Mindestreserven für Sichteinlagen halten als solche Institute, die an Nebenplätzen domizilieren, d. h. an Orten ohne Landeszentralbank oder Landeszentralbankfiliale. Die Reserveklassen sind gestaffelt nach der Höhe der reservepflichtigen Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen) bei den einzelnen Kreditinstituten. Demnach müssen Kreditinstitute mit einem großen Bestand an reservepflichtigen Verbindlichkeiten prozentual mehr Mindestreserven halten als solche mit einem kleineren Bestand. Für die Berechnung des „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten haben wir den jeweils höchsten Mindestreservesatz für Sichteinlagen verwendet, d. h. den Mindestreservesatz, der an Bankplätzen für Kreditinstitute der höchsten Reserveklasse gilt. Damit haben wir dann in unserem „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten gleich einen Teil der freiwilligen zusätzlichen Barreservehaltung, zu der die Kreditinstitute an Nebenplätzen und kleine Kreditinstitute im Verhältnis zu ihren Verbindlichkeiten aus Liquiditätsgründen gezwungen sein werden, mit erfaßt.

In der folgenden Übersicht werden die Mindestreservesätze für Sichteinlagen an Bankplätzen für die höchste Reserveklasse gebracht^a:

Mindestreservesatz (r)								
in v.H. der Sichtverbindlichkeiten								
	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Januar	—	15	10	15	15	12	11	11
Februar	—	15	10	15	15	11	11	11
März	—	15	10	15	15	11	11	11
April	—	15	10	15	15	11	11	11
Mai	—	15	10	15	15	11	11	11
Juni	—	12	10	15	15	11	11	11
Juli	—	12	10	15	15	11	11	11
August	—	12	10	15	15	11	11	11
September	—	10	10	15	12	11	11	12
Oktober	10	10	15	15	12	11	11	12
November	10	10	15	15	12	11	11	12
Dezember	15	10	15	15	12	11	11	12
Jahresmittel	11,67 ^b	12,58	11,25	15,0	14,0	11,08	11,0	11,34

^a) Der Jahresdurchschnitt wurde als das arithmetische Mittel der Monatswerte errechnet.

^b) Nur für die Monate Oktober bis Dezember.

Diese Mindestreservesätze für Sichteinlagen beziehen sich nur auf die Einlagen von Nichtbanken bei den Kreditinstituten. Für die Einlagen, die die Banken untereinander halten, ist keine Mindestreservehaltung vorgeschrieben.

III. Die Höhe des „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten

Mit Hilfe der angegebenen Barabhebungssätze (c) und der gebrachten Mindestreservesätze (r) soll nun der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient berechnet werden. Wir benutzen dazu die schon in der Einleitung angegebene Formel, wie wir sie von Stucken und

Schneider übernommen haben:
$$K = \frac{1}{c + r - c \cdot r}$$

In der folgenden Übersicht wird der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient für die einzelnen Monate und als Durchschnittswert für die Jahre gebracht:

„Theoretischer“ Geldschöpfungskoeffizient

	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Januar	—	1,78	1,88	1,86	1,83	1,78	1,84	1,89
Februar	—	1,78	1,85	1,87	1,80	1,81	1,83	1,87
März	—	1,79	1,83	1,85	1,81	1,82	1,84	1,87
April	—	1,79	1,84	1,84	1,81	1,84	1,85	1,87
Mai	—	1,80	1,88	1,85	1,79	1,86	1,88	1,89
Juni	—	1,84	1,84	1,84	1,79	1,86	1,87	1,89
Juli	—	1,82	—	1,83	1,80	1,84	1,86	1,88
August	—	1,84	—	1,82	1,79	1,85	1,88	1,88
September	—	1,87	1,91	1,79	1,84	1,85	1,87	1,85
Oktober	1,81	1,90	—	1,84	1,84	1,83	1,86	1,88
November	1,86	1,91	1,85	1,84	1,83	1,86	1,89	1,89
Dezember	1,77	1,88	1,83	1,86	1,86	1,86	1,94	1,93
Jahres- mittel	1,81 ^{a)}	1,83	1,86	1,84	1,82	1,84	1,87	1,88

a) Nur für die Monate Oktober bis Dezember.

Der Durchschnittswert für den „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten für den gesamten Beobachtungszeitraum beträgt ungefähr 1,85. Die Schwankungen um diesen Durchschnittswert in den einzelnen Monaten und Jahren sind relativ gering.

C. Der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient

Der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient soll aus dem Verhältnis der zusätzlichen Geldschöpfung eines Zeitabschnittes zu der Höhe des den Kreditinstituten von der Notenbank im gleichen Zeitabschnitt zugeflossenen Notenbankguthabens bestimmt werden. Es wird diesmal nicht nur die zusätzliche Geldschöpfung, ermöglicht durch eine zusätzliche Kreditgewährung, sondern auch die zusätzliche Geldschöpfung, ermöglicht durch eine Abnahme der befristeten Einlagen, erfaßt werden.

I. Die Abweichungen vom „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten

Bei der Berechnung des „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten wurde das von den Kreditinstituten für eine zusätzliche Geldschöpfung benötigte Notenbankguthaben erfaßt. Bei der Berechnung des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten soll dagegen von dem Notenbankguthaben ausgegangen werden, das den Kreditinstituten von der Notenbank zufließt. Die Abweichungen des „wirklichen“ von dem „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten können dadurch entstehen, daß die Kreditinstitute auch für andere Zwecke als für die Barabhebung und die Mindestreservehaltung des neu geschöpften Geldes Notenbankguthaben benötigen; ferner sind auch Fälle denkbar, in denen den Kreditinstituten Notenbankguthaben aus anderen Quellen als von der Notenbank zufließen, das sie dann für eine Geldschöpfung verwenden können. Es soll jetzt auf die einzelnen Größen eingegangen werden, die außer dem Barabhebungssatz und dem Mindestreservesatz die Höhe des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten bestimmen. Hierbei können die Abweichungen vom theoretischen Geldschöpfungskoeffizienten im einzelnen festgestellt werden.

1. Abweichungen im Zusammenhang mit der Barabhebung

Wie schon erwähnt, läßt sich die Gesamtgeldmenge in Stück- oder Bargeld und in Giral- oder Buchgeld unterteilen. Das Verhältnis der beiden Geldarten wurde bestimmt von den Zahlungsgewohnheiten. Verändern sich die Zahlungsgewohnheiten zugunsten des Giralgeldes, so heißt das, daß der Anteil des Giralgeldes an der Gesamtgeldmenge

steigt; verändern sich die Zahlungsgewohnheiten zugunsten des Stückgeldes, so steigt dessen Anteil an der Gesamtgeldmenge. Im ersten Fall erhalten die Kreditinstitute zusätzliches Notenbankguthaben aus dem Verkehr, im zweiten Fall verlieren sie Notenbankguthaben an den Verkehr.

Bei der Betrachtung des Verhältnisses von Stückgeld zu Giralgeld ergeben sich drei Variationsmöglichkeiten:

a) Die Zahlungsgewohnheiten bleiben gleich:

Das Verhältnis von Stückgeld zu Giralgeld bleibt unverändert, wenn die Zahlungsgewohnheiten sich nicht ändern. Daraus können wir folgern, daß bei kompensatorischer Geldschöpfung und gleichbleibenden Zahlungsgewohnheiten die Kreditinstitute weder zusätzliches Notenbankguthaben erhalten, noch Notenbankguthaben zusätzlich an den Stückgeldumlauf verlieren. Daraus kann weiter geschlossen werden, daß erstens kein Stückgeld in Giralgeld umgewandelt wird oder umgekehrt, und daß zweitens bei kompensatorischer Kreditgewährung den Kreditinstituten die Geldarten immer genau in dem Verhältnis wieder abverlangt werden, wie sie bei der Erhöhung der befristeten Einlagen angefallen sind.

b) Die Zahlungsgewohnheiten ändern sich zugunsten des Giralgeldes:

Das kann einmal bedeuten, daß dann Stückgeld in Giralgeld umgewechselt wurde, oder zum anderen, daß den Kreditinstituten bei der kompensatorischen Kreditgewährung weniger Stückgeld abverlangt wurde, als bei der Erhöhung der befristeten Einlagen zur Einzahlung kam. (Die Giralgeldmenge wird vergrößert). In diesem Fall werden den Kreditinstituten zusätzlich Notenbankguthaben aus dem Verkehr zufließen.

c) Die Zahlungsgewohnheiten ändern sich zugunsten des Stückgeldes:

Das kann einmal bedeuten, daß dann Giralgeld in Stückgeld umgewechselt wurde, oder zum anderen, daß bei kompensatorischer Kreditgewährung den Kreditinstituten mehr Stückgeld abverlangt wurde, als bei der Erhöhung der befristeten Einlagen zur Einzahlung kam. (Die Stückgeldmenge wird vergrößert). In diesem Fall werden den Kreditinstituten zusätzlich Notenbankguthaben an den Verkehr verlorengehen.

Eine Veränderung der Zahlungsgewohnheiten wirkt sich also nicht nur auf den Barabhebungssatz aus; die gesamte schon vorhandene Geldmenge in ihrer Zusammensetzung wird dadurch beeinflusst. Ändern sich die Zahlungsgewohnheiten zugunsten des Giralgeldes, dann wird die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute nicht

nur vergrößert, weil der Barabhebungssatz kleiner wird, sondern sie wird auch erleichtert, weil durch die Umwechslung von Stückgeld in Giralgeld den Kreditinstituten Notenbankguthaben zufließt, das sie weiter zu einer Geldschöpfung verwenden können. Ändern sich umgekehrt die Zahlungsgewohnheiten zugunsten des Stückgeldes, dann wird die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute nicht nur verkleinert, weil der Barabhebungssatz größer wird, sondern sie wird auch erschwert, weil durch die Umwechslung von Giralgeld in Stückgeld den Kreditinstituten Notenbankguthaben verlorengeht, das sie sonst für eine Geldschöpfung hätten verwenden können.

2. Abweichungen im Zusammenhang mit der Mindestreservehaltung

Beim Barabhebungssatz und der Barabhebung haben wir einen Teil der Passivseite unserer zusammengefaßten statistischen Bilanz aller Kreditinstitute¹ — das Geldvolumen — nicht mehr als Ganzes behandelt, sondern nur die Probleme erörtert, die sich aus der Tatsache ergeben, daß das Geldvolumen aus Stückgeld und Giralgeld besteht. Bei der Behandlung der Mindestreservehaltung ist es nun notwendig, den Posten „befristete Einlagen“ in seine einzelnen Positionen aufzuteilen. Mindestreserven müssen gehalten werden für Sichteinlagen, Termineinlagen und Spareinlagen. Für die Bilanzpositionen „Schuldverschreibungen der Kreditinstitute“ und „bei Nichtbanken längerfristig aufgenommene Gelder“ brauchen keine Mindestreserven gehalten zu werden. Bei diesen Bilanzpositionen handelt es sich um Geldbeträge, die den Kreditinstituten längerfristig zur Verfügung gestellt wurden. Es sind also eigentlich keine Einlagen. Wenn trotzdem bisher für sie auch der Ausdruck „befristete Einlagen“ verwendet wurde, so geschah es deshalb, weil die Wirkungen auf die Geldmenge, die von diesen Positionen ausgehen, die gleichen sind, wie die von den Termin- und Spareinlagen.

Die Höhe der Mindestreserven der Kreditinstitute, die als Einlage bei der Notenbank zu halten sind, wird bestimmt durch die Mindestreservesätze und durch die Höhe der Sicht-, Termin- und Spareinlagen. Dabei sind für gewöhnlich die Mindestreservesätze für die Sichteinlagen höher als die für Termineinlagen und die für Termineinlagen meist höher als die für Spareinlagen. Da die Notenbank für Einlagen keine Zinsen gewährt, ist anzunehmen, daß die Kreditinstitute nicht mehr Einlagen bei der Notenbank unterhalten, als sie zur Mindestreservehaltung verpflichtet sind. Andererseits müssen die Kreditinstitute Strafzinsen bezahlen, wenn ihre Einlagen bei der Notenbank

¹ Vgl. A. I. Die Geldmenge und die verschiedenen Arten der Geldschöpfung.

nicht der Mindestreservehaltung entsprechen. Daraus ersehen wir, daß der Ausdruck Mindestreserve nicht allzu glücklich gewählt ist. Denn von einer Reserve kann doch keine Rede mehr sein, wenn in Fällen, in denen auf die Mindestreserve zurückgegriffen werden muß, Strafe erhoben wird. Die Mindestreservehaltung ist vielmehr ein notenbankpolitisches Mittel, also ein Instrument zur Beeinflussung der Kreditgewährung und somit der Geldschöpfung der Kreditinstitute. Wie weit dieser Einfluß geht, werden wir an den folgenden Ausführungen erkennen:

1. Werden die Mindestreservesätze heraufgesetzt, so sind die Kreditinstitute gezwungen, für sämtliche Sicht-, Termin- und Spareinlagen einen erhöhten Betrag an Mindestreserven bei der Notenbank zu unterhalten. Es geht ihnen also Notenbankguthaben für die Mindestreservehaltung verloren, das sie sonst für eine Geldschöpfung hätten verwenden können. Werden die Mindestreservesätze herabgesetzt, dann stehen den Kreditinstituten zusätzlich Notenbankguthaben zur Verfügung, die dann anderweitig verwendbar sind, z. B. zu einer Geldschöpfung.

2. Bei der kompensatorischen Geldschöpfung benötigen die Kreditinstitute kein zusätzliches Notenbankguthaben, wenn die kompensatorische Geldschöpfung durch eine Zunahme der Schuldverschreibungen der Kreditinstitute oder durch bei Nichtbanken längerfristig aufgenommene Gelder möglich war. Wurde jedoch die kompensatorische Geldschöpfung ermöglicht durch eine Zunahme der Termin- oder Spareinlagen, dann benötigen die Kreditinstitute zusätzliches Notenbankguthaben in Höhe der für die vermehrten Termin- oder Spareinlagen zu haltenden Mindestreserven. Bei der kompensatorischen Geldschöpfung haben die Kreditinstitute also schon zusätzliches Notenbankguthaben nötig, wenn die Termin- oder Spareinlagen zugenommen haben. Steigen die Mindestreservesätze, so wird sich dieser Betrag erhöhen, sinken sie, so wird er sich vermindern.

3. Bei zusätzlicher Geldschöpfung benötigen die Kreditinstitute — wie bei Erörterung des „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten ausgeführt wurde — Notenbankguthaben zur Mindestreservehaltung für den Teil des Geldes, der in der Form von Sichteinlagen entsteht. Bei der zusätzlichen Geldschöpfung durch eine Abnahme der Termin- oder der Spareinlagen wird diese zusätzlich erforderliche Mindestreserve um den Betrag vermindert, der bereits für die Termin- oder Spareinlagen als Mindestreserve gehalten werden mußte.

Durch ein Heraufsetzen der Mindestreservesätze wird also nicht nur, wie schon in der Einleitung angegeben, die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute vermindert, weil die Kreditinstitute bei einer zusätzlichen Geldschöpfung dann mehr Notenbankguthaben

zum Zwecke der Mindestreservehaltung für neu entstehendes Giralgeld benötigen; sie wird auch erschwert, weil für sämtliche schon vorhandenen reservepflichtigen Einlagen zusätzlich Mindestreserven gehalten werden müssen. Das hierfür benötigte Notenbankguthaben hätte man sonst zu einer Geldschöpfung verwenden können. Durch ein Herabsetzen der Mindestreservesätze wird umgekehrt die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute nicht nur erhöht, weil die Kreditinstitute bei einer zusätzlichen Geldschöpfung dann weniger Notenbankguthaben zum Zwecke der Mindestreservehaltung für neu entstehendes Giralgeld benötigen; sie wird auch erleichtert, weil für sämtliche schon vorhandenen reservepflichtigen Einlagen weniger Mindestreserven gehalten werden müssen. Das dadurch verfügbar werdende Notenbankguthaben kann dann von den Kreditinstituten zur Geldschöpfung verwendet werden. Abgesehen von einer Veränderung der Mindestreservesätze müssen außerdem die Zunahme bzw. Abnahme der Spar- und Termineinlagen und die daraus resultierenden Veränderungen der Mindestreservehaltung berücksichtigt werden.

3. Abweichungen durch Veränderungen in der freiwilligen Barreservehaltung

Die Kreditinstitute benötigen weiterhin zusätzliches Notenbankguthaben, wenn sie ihre freiwilligen Barreserven vergrößern wollen. Andererseits wird Notenbankguthaben für eine zusätzliche Geldschöpfung verfügbar, wenn von ihnen freiwillige Barreserven aufgelöst werden. Es besteht die Möglichkeit, daß die Kreditinstitute bei einer zusätzlichen Geldschöpfung bestrebt sind, für das entstehende Giralgeld über die vorgeschriebene Mindestreservehaltung hinaus eine erhöhte Kassenhaltung an Stückgeld zu bilden oder eine zusätzliche freiwillige Einlage bei der Notenbank zu erhalten. Diesem Bestreben der Kreditinstitute dürfte unseres Erachtens jedoch nicht allzu große Bedeutung zugemessen werden, da im allgemeinen angenommen werden kann, daß die Kreditinstitute zusätzliche freiwillige Barreserven nicht in dieser Form, sondern in notenbankfähigen Papieren halten, mit deren Hilfe sie sich dann im Notfall jederzeit Notenbankguthaben verschaffen können. (Notenbankguthaben bringt den Kreditinstituten keine Zinsen!) Es besteht aber auch noch die andere Möglichkeit, daß die Kreditinstitute aus bilanzoptischen Gründen eine erhöhte Kassenhaltung an Stückgeld oder eine zusätzliche freiwillige Einlage bei der Notenbank anstreben. Jedoch wird diese zusätzliche Barreservehaltung meist erst kurz vor dem Bilanzstichtag gebildet und bald darauf schon wieder aufgelöst.

Wenn die freiwillige Barreservehaltung vielleicht auch nur einen geringen Einfluß auf die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kredit-

institute ausübt, so müssen doch auch ihre Veränderungen mit berücksichtigt werden.

4. Zusammenfassung

Als Ergebnis kann festgehalten werden, daß die Abweichungen des „wirklichen“ von dem „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten durch fünf Größen verursacht sein können, nämlich:

1. durch eine Veränderung der Zahlungsgewohnheiten,
2. durch eine Veränderung der Mindestreservesätze,
3. durch eine Zunahme bzw. Abnahme der Spar- und Termineinlagen, infolge der daraus resultierenden Veränderung der Mindestreservehaltung,
4. durch eine Veränderung der Kassenhaltung der Kreditinstitute,
5. durch eine Veränderung der freiwilligen Einlagen der Kreditinstitute bei der Notenbank.

Die beiden Geldschöpfungskoeffizienten sind immer dann gleich, wenn das den Kreditinstituten von der Notenbank zugeflossene Notenbankguthaben gleich dem für die Geldschöpfung benötigten ist. In der Praxis dürfte das jedoch so gut wie nie vorkommen. Der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient wird entweder größer oder kleiner sein als der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient. Er ist größer, wenn die Zahlungsgewohnheiten sich zugunsten des Giralgeldes verändert haben, wenn die Mindestreservesätze herabgesetzt wurden, wenn die Spar- und Termineinlagen abgenommen haben, wenn die Kassenhaltung der Kreditinstitute vermindert wurde und wenn die freiwilligen Einlagen der Kreditinstitute bei der Notenbank zurückgegangen sind. Er wird kleiner sein, wenn die Zahlungsgewohnheiten sich zugunsten des Stückgeldes verändert haben, wenn die Mindestreservesätze heraufgesetzt wurden, wenn die Spar- und Termineinlagen zugenommen haben, wenn die Kassenhaltung der Kreditinstitute erhöht wurde und wenn die freiwilligen Einlagen der Kreditinstitute bei der Notenbank gestiegen sind. Er ist deshalb größer, weil außer dem von der Notenbank zugeflossenen Notenbankguthaben den Kreditinstituten zusätzlich dann noch weiteres Notenbankguthaben für eine Geldschöpfung zur Verfügung gestanden hat. Er ist deshalb kleiner, weil den Kreditinstituten nicht das gesamte von der Notenbank zugeflossene Notenbankguthaben für eine Geldschöpfung verfügbar gewesen ist.

Die Höhe des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten, die aus dem Verhältnis der zusätzlichen Geldschöpfung zu dem den Kreditinstituten von der Notenbank zugeflossenen Notenbankguthaben ermittelt werden soll, ist also nicht nur abhängig vom Barabhebungssatz und Mindestreservesatz, sondern auch von den Veränderungen der vorhin angegebenen Größen.

Der Barabhebungssatz und der Mindestreservesatz sind Größen, die sich auf einzelne Zeitpunkte beziehen; für größere Zeitabschnitte ließen sie sich nur als Durchschnittswerte angeben. Die zusätzliche Geldschöpfung der Kreditinstitute und das ihnen von der Notenbank zugeflossene Notenbankguthaben lassen sich dagegen nur für Zeitabschnitte ermitteln. Ein weiterer Unterschied zwischen dem „theoretischen“ und dem „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten besteht also darin, daß sich der „theoretische“ jeweils nur für einzelne Zeitpunkte feststellen läßt, und somit für längere Zeitabschnitte lediglich als Durchschnittswert gebracht werden kann; der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient dagegen läßt sich überhaupt nur für Zeitabschnitte ermitteln.

II. Die Höhe des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten

Der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient soll nun aus dem Verhältnis der zusätzlichen Geldschöpfung² zu der Höhe des den Kreditinstituten vom Zentralbanksystem zugeflossenen Notenbankguthabens³ ermittelt werden. Innerhalb der einzelnen Jahre unseres Beobachtungszeitraumes verzeichnen wir immer eine Zunahme der zusätzlichen Geldschöpfung und auch einen Zufluß an Notenbankguthaben vom Zentralbanksystem an die Kreditinstitute. Innerhalb der einzelnen Monate kommt es jedoch vor, daß beide Faktoren eine Abnahme zeigen, oder daß der eine Faktor zu- und der andere abnimmt. — In der folgenden Übersicht wird der für die einzelnen Monate und Jahre errechnete „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient angegeben (siehe S. 39).

Der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient für den gesamten Beobachtungszeitraum beträgt 1,64. Die Schwankungen in den einzelnen Jahren um diesen Wert sind beträchtlich größer als die um den Durchschnittswert beim „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten. Während die Jahreszahlen des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten durchaus brauchbare Werte ergeben, kann man mit den Monatszahlen so gut wie nichts anfangen. Innerhalb der einzelnen Monate macht sich die Tatsache, daß die Kreditinstitute auch aus anderen Gründen als allein zur Geldschöpfung Notenbankguthaben benötigen, zu stark bemerkbar. Um die Veränderungen der Größe des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten in den einzelnen Monaten in ihrer Bedeutung besser sichtbar zu machen, wird der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient für die einzelnen Monate noch einmal errechnet.

² Vgl. Tabelle 6 im Anhang Teil I.

³ Vgl. Tabelle 5 im Anhang Teil I.

„Wirklicher“ Geldschöpfungskoeffizient^{a)}

	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Januar	•	— 0,7	— 1,6	— 0,7	— 1,0	— 0,9	— 0,8	— 0,9
Februar	•	+	—	0,3	1,2	1,4	0,8	—
März	•	0,4	5,2	— 0,2	1,2	2,0	0,5	1,2
April	•	2,2	1,2	2,0	2,0	3,0	17,3	3,8
Mai	•	15,1	2,6	0,1	— 0,1	1,3	1,5	11,3
Juni	•	+	1,1	1,8	0,3	1,4	—	0,9
Juli	•	+	•	1,0	+	1,5	+	1,2
August	•	2,3	•	2,0	1,8	0,8	0,7	+
September	•	9,1	4,7	0,7	+	5,2	+	0,6
Oktober	4,2	1,8	•	21,2	+	0,1	0,8	1,8
November	1,3	— 0,4	0,4	1,6	0,7	3,3	16,7	5,7
Dezember	1,5	0,7	0,5	0,6	0,5	0,5	0,9	1,2
Jahreswert	1,9	2,2	1,3	1,4	1,3	1,5	2,1	1,6

a) Das Minuszeichen vor einigen Zahlen bedeutet, daß mit diesem Koeffizienten nicht eine zusätzliche Geldschöpfung, sondern eine zusätzliche Geldvernichtung stattgefunden hat. Das anstelle einer Zahl angegebene Pluszeichen bedeutet, daß wohl eine zusätzliche Geldschöpfung stattgefunden hat, daß den Kreditinstituten aber im gleichen Zeitabschnitt kein Notenbankguthaben vom Zentralbanksystem zugeflossen ist. Das anstelle einer Zahl angegebene Minuszeichen bedeutet, daß eine zusätzliche Geldvernichtung stattgefunden hat und daß gleichzeitig den Kreditinstituten vom Zentralbanksystem Notenbankguthaben zugeflossen ist. In den beiden letztgenannten Fällen ist es praktisch unmöglich, einen Wert für den „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten anzugeben.

Es werden dabei aber die Faktoren, die den „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten für die einzelnen Monate bestimmen, an den entsprechenden Jahreszahlen gewogen, d. h. es soll die Bedeutung der Veränderung der Monatszahlen des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten, an den Jahreszahlen gemessen, erfaßt werden. Dabei wird wie folgt vorgegangen: Der jeweilige Monatswert dieser Faktoren wird zum entsprechenden Jahreswert hinzugezählt und daraus der statistisch bearbeitete „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient für

Statistisch bearbeiteter „wirklicher“ Geldschöpfungskoeffizient

	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Januar	—	2,6	1,2	2,0	1,5	3,7	8,5	6,8
Februar	—	2,6	1,2	1,2	1,3	1,5	1,9	1,4
März	—	1,6	1,5	1,5	1,3	1,5	2,1	1,6
April	—	2,2	1,3	1,5	1,3	1,7	2,4	1,7
Mai	—	2,3	1,4	1,4	1,4	1,5	2,1	1,8
Juni	—	2,4	1,3	1,5	1,1	1,5	1,8	1,5
Juli	—	2,3	—	1,4	1,5	1,5	2,5	1,6
August	—	2,2	—	1,5	1,4	1,4	1,9	2,0
September	—	2,5	1,9	1,3	1,4	1,6	2,6	1,4
Oktober	2,3	2,1	—	1,7	1,5	1,4	1,8	1,6
November	1,7	2,6	1,1	1,5	1,2	1,6	2,4	1,8
Dezember	1,8	1,7	1,1	1,2	1,0	1,1	1,5	1,4
Jahreswert	1,9	2,2	1,3	1,4	1,3	1,5	2,1	1,6

den betreffenden Monat errechnet⁴. Es ergeben sich danach die oben wiedergegebenen Geldschöpfungskoeffizienten (siehe S. 39).

Die Jahreszahlen für den „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten bleiben auch nach dieser statistischen Bearbeitung die gleichen. Die Bedeutung der Veränderung des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten für die einzelnen Monate ist nun besser zu erkennen als bei der vorhin vorgenommenen Berechnung aus den absoluten Zahlen.

⁴ Beispiel für den April 1954:

Zusätzliche Geldschöpfung	im Jahr 1954: 3202 Mill. DM
Zusätzliche Geldschöpfung	im April 1954: 587 Mill. DM
Zugeflossenes Notenbankguthaben	im Jahr 1954: 1526 Mill. DM
Zugeflossenes Notenbankguthaben	im April 1954: 34 Mill. DM
„Wirklicher“ Geldschöpfungskoeffizient für April 1954:	$587 : 34 = 17,3$
Statistisch bearbeiteter „wirklicher“ Geldschöpfungskoeffizient:	$(3202 + 587) : (1526 + 34) = 2,4$

D. Der Kreditschöpfungskoeffizient

Der Kreditschöpfungskoeffizient soll aus dem Verhältnis der vermehrten Kreditgewährung eines Zeitabschnittes zu der Höhe des den Kreditinstituten von der Notenbank im gleichen Zeitabschnitt zugeflossenen Notenbankguthabens bestimmt werden. Es wird dabei die zusätzliche Geldschöpfung, ermöglicht durch eine zusätzliche Kreditgewährung, und die kompensatorische Geldschöpfung, ermöglicht durch eine kompensatorische Kreditgewährung, erfaßt werden (einschließlich der von den Kreditinstituten geschöpften Geldbeträge, die als Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem erscheinen).

I. Die Abweichungen vom „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten

Bei der Berechnung des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten wurde die zusätzliche Geldschöpfung, ermöglicht durch eine zusätzliche Kreditgewährung, und die zusätzliche Geldschöpfung, ermöglicht durch eine Abnahme der befristeten Einlagen, erfaßt. Bei dem Kreditschöpfungskoeffizienten soll dagegen von der vermehrten Kreditgewährung¹ ausgegangen werden.

Der Kreditschöpfungskoeffizient ist gleich dem „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten, wenn keine kompensatorische, aber auch keine zusätzliche Geldschöpfung durch eine Abnahme der befristeten Einlagen stattgefunden hat, also nur dann, wenn allein eine zusätzliche Geldschöpfung durch zusätzliche Kreditgewährung gegeben ist. Der Kreditschöpfungskoeffizient ist kleiner als der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient, wenn keine kompensatorische Geldschöpfung durch kompensatorische Kreditgewährung, aber eine zusätzliche Geldschöpfung durch eine Abnahme der befristeten Einlagen vorliegt. Er ist größer als der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient, wenn eine kompensatorische Geldschöpfung durch kompensatorische Kreditgewährung gegeben ist. Bei einem Vergleich des Kreditschöpfungskoeffizienten mit dem „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten kann also zunächst festgestellt werden, ob eine zusätzliche Geldschöpfung durch eine Abnahme der befristeten Einlagen oder ob eine kompensatorische Geldschöpfung durch kompensatorische Kreditgewährung stattgefunden hat; es kann weiter festgestellt werden, welche relative Höhe diese Faktoren haben.

¹ Im Sinne der Zunahme der Aktivseite unserer zusammengefaßten statistischen Bilanz aller Kreditinstitute.

Die Höhe des Kreditschöpfungskoeffizienten wird also einmal von Faktoren, die bereits beim „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten angegeben wurden², bestimmt; außerdem ist sie auch noch von der Zunahme bzw. Abnahme der befristeten Einlagen abhängig. Die vermehrte Kreditgewährung der Kreditinstitute entspricht der gesamten Geldschöpfung durch die Kreditinstitute, wenn keine zusätzliche Geldschöpfung, ermöglicht durch eine Abnahme der befristeten Einlagen, gegeben ist.

II. Die Höhe des Kreditschöpfungskoeffizienten

Der Kreditschöpfungskoeffizient soll nun aus dem Verhältnis der vermehrten Kreditgewährung bzw. der gesamten Geldschöpfung³ zu der Höhe des den Kreditinstituten vom Zentralbanksystem zugeflossenen Notenbankguthabens⁴ bestimmt werden. Da auch bei der Berechnung des Kreditschöpfungskoeffizienten für mehrere Monate aus demselben Grund wie beim „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten keine Werte angegeben werden können, und da die erscheinenden

Kreditschöpfungskoeffizient

	1948 ^a)	1949 ^a)	1950 ^a)	1951	1952	1953	1954	1955
			α)	β)				
Januar	—	5,7	5,1	—	7,0	10,7	45,6	70,0
Februar	—	5,1	3,9	—	3,4	5,5	8,9	10,1
März	—	3,1	4,0	—	4,2	5,3	9,5	12,0
April	—	4,2	3,6	—	3,8	5,5	9,0	11,5
Mai	—	4,6	3,9	—	4,0	7,1	8,7	11,1
Juni	—	4,7	3,7	—	3,8	4,8	8,8	10,1
Juli	—	4,6	3,9	4,1	3,8	6,3	9,4	12,5
August	—	4,1	4,5	4,8	3,8	5,3	8,6	10,1
September	—	4,5	3,6	4,0	3,7	6,8	10,0	14,4
Oktober	1,1	4,0	3,4	3,6	4,0	6,5	9,3	9,5
November	0,9	5,4	3,7	4,3	3,8	5,2	9,5	11,8
Dezember	1,4	3,2	3,0	3,2	3,3	4,1	6,3	6,7
Jahreswert	1,1	4,3	3,8	3,9	3,9	5,8	9,4	11,3

^a) In den Zahlen von Okt. 1948 bis Dez. 1950 (für 1950 Spalte α) ist nur die vermehrte Kreditgewährung enthalten, soweit sie allein aus der Zunahme der Gesamtgeldmenge (vgl. Tabelle 6) und der Spar- und Termineinlagen (vgl. Tabelle 7) ersichtlich wird. Die Zunahme der von den Banken verkauften Schulverschreibungen und der bei Nichtbanken längerfristig aufgenommenen Gelder (vgl. Tabelle 8) sowie der von den Kreditinstituten geschöpften Geldbeträge, die als Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem erscheinen (vgl. Tabelle 9), ließ sich erst ab Juli 1950 feststellen. Die gesamte vermehrte Kreditgewährung bzw. die gesamte Geldschöpfung konnte daher erst von diesem Zeitpunkt an ermittelt werden (für 1950 Spalte β)).

² Vgl. S. 37.

³ Vgl. Tabelle 11 im Anhang Teil I.

⁴ Vgl. Tabelle 5 im Anhang Teil I.

Zahlen keine große Aussagekraft besitzen, werden hier nur die Monatszahlen gebracht, die sich nach Vornahme der oben erwähnten statistischen Bearbeitung ergeben⁵.

In der obigen Übersicht wurde der statistisch bearbeitete Kreditschöpfungskoeffizient für die einzelnen Monate und Jahre wiedergegeben (siehe S. 42).

⁵ Vgl. S. 39 f.

E. Die Veränderungen der Größe der Geldschöpfungskoeffizienten und deren Ursachen

Wie schon erwähnt, zeigt der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient innerhalb des gesamten Beobachtungszeitraumes nur sehr geringe Schwankungen um den Wert 1,85. Wollen wir die Gründe feststellen, weshalb der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient innerhalb dieses Zeitraumes fast konstant geblieben ist, so müssen wir die beiden Größen betrachten, die seine Höhe bestimmen, nämlich den Barabhebungssatz und den Mindestreservesatz.

Als Durchschnitt für den Barabhebungssatz für den gesamten Beobachtungszeitraum hatten wir den Wert von 48 % errechnet. Der höchste Wert wurde für Oktober 1948 mit 50,5 %, der niedrigste für Februar 1951 und für Dezember 1955 mit je 45,3 % ermittelt. Innerhalb des gesamten Beobachtungszeitraumes beträgt die größte Spanne zwischen dem höchsten und niedrigsten Barabhebungssatz also nur 5,2 %. Da der Barabhebungssatz durch die Zahlungsgewohnheiten bestimmt wird, können wir folgern, daß sich diese in den letzten Jahren nicht viel verändert haben.

Wie verhält es sich mit den Mindestreservesätzen? Der höchste Wert des Mindestreservesatzes für Sichteinlagen beträgt 15 %, der niedrigste 10 %. Das bedeutet also, daß die Mindestreserve für Sichteinlagen absolut gesehen um die Hälfte erhöht bzw. um ein Drittel ermäßigt wurde. Für die Berechnung des „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten ergibt sich jedoch nur eine Veränderung von 5 %, die sich ebenso stark oder vielmehr ebenso wenig auswirkt wie die Veränderung des Barabhebungssatzes um 5 %.

Da die Barabhebungssätze und die Mindestreservesätze nur geringe Schwankungen aufweisen, kann auch die daraus errechnete Größe, der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient, nur geringfügige Veränderungen erkennen lassen. Damit hätten wir den wichtigsten Grund für die geringen Schwankungen dieses Geldschöpfungskoeffizienten. Ein weiterer Grund liegt in den konträren Veränderungen von Barabhebungssatz und Mindestreservesatz. Man kann nämlich feststellen, daß fast immer dann, wenn sich der Barabhebungssatz vermindert hat, der Mindestreservesatz erhöht wurde und umgekehrt. Aus diesem Grunde sind die Schwankungen des „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten noch geringer als sie es wären, wenn die extremen Werte dieser beiden Sätze zur Berechnung herangezogen würden.

Werfen wir einen Blick auf die charakteristischen Veränderungen von Barabhebungssatz und Mindestreservesatz, so ergibt sich für unseren Beobachtungszeitraum folgendes Bild:

- 1948 (letztes Vierteljahr): Abnahme des Barabhebungssatzes, Erhöhung des Mindestreservesatzes.
- 1949: Kleine Abnahme des Barabhebungssatzes, Senkung des Mindestreservesatzes (hier die einzige Ausnahme).
- 1950: Erstes Halbjahr: kleine Zunahme des Barabhebungssatzes. Zweites Halbjahr: starke Abnahme des Barabhebungssatzes, Erhöhung des Mindestreservesatzes.
- 1951: Niedrigster Barabhebungssatz, hoher Mindestreservesatz.
- 1952 und 1953: Zunahme des Barabhebungssatzes, Senkung des Mindestreservesatzes.
- 1954: Geringe Abnahme des Barabhebungssatzes.
- 1955: Stärkere Abnahme des Barabhebungssatzes, Erhöhung des Mindestreservesatzes.

Es besteht also augenscheinlich ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Barabhebungssatz und der Mindestreservesatzpolitik des Zentralbanksystems. Ist nun dieser Zusammenhang zufällig oder zwangsläufig? Für beide Möglichkeiten lassen sich Gründe finden.

Für Zufälligkeit spricht: Die Abnahme des Barabhebungssatzes im letzten Vierteljahr 1948 kann auf die Währungsreform zurückgeführt werden, nach der sich unsere Geldverfassung erst wieder einspielen mußte. Die Zunahme im ersten Halbjahr 1950 und die darauf folgende Abnahme können durch die Hortung und Enthortung von Stückgeld erklärt werden¹. Die Zunahme 1952 und 1953 kann vielleicht dadurch verursacht sein, daß die Auslandsbanken in erhöhtem Umfange deutsches Geld in ihren Kassen hielten, nachdem sich die deutsche Währung in dieser Zeit zu einer der stabilsten der Welt entwickelt hatte. Die Abnahme des Barabhebungssatzes für die Jahre 1954 und 1955 kann damit erklärt werden, daß die Zahlungsgewohnheiten sich etwas zugunsten des Giralgeldes verschoben haben.

Für Zwangsläufigkeit spricht: Die Mindestreservesätze wurden vom Zentralbankrat immer dann heraufgesetzt, wenn größere Preissteigerungen zu verzeichnen waren, also immer dann, wenn eine Tendenz zur Konjunkturüberhitzung bestand. Man kann sagen, daß bei einer Überhitzung der Konjunktur das Giralgeldvolumen stärker anwächst als das Stückgeldvolumen, weil sich diese Überhitzung meistens in der Produktionsgütersphäre mehr auswirkt als in der Konsumgütersphäre und weil angenommen werden kann, daß der Zahlungsverkehr in der

¹ Vgl. K. Andreas, Die Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldes in Westdeutschland, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 5. Jahrgang, 1952, S. 386 ff.

Produktionsgütersphäre mit Giralgeld und der in der Konsumgütersphäre zum größten Teil mit Stückgeld getätigt wird. Nach Überwindung dieser Konjunkturübersteigerung werden vom Zentralbanksystem die Mindestreservesätze wieder gesenkt; außerdem erhöht sich der Barabhebungssatz, weil sich die Zahlungsgewohnheiten wieder zugunsten des Stückgeldes verändern.

Welche von diesen Faktoren nun wirklich das wechselseitige Verhältnis zwischen Barabhebungssatz und Mindestreservesatz bestimmen, kann nicht eindeutig gesagt werden, da der Beobachtungszeitraum zu kurz ist. Es kann nur vermutet werden, daß beide Gründe vorliegen. Über den effektiven Einfluß des einen oder des anderen Grundes läßt sich keine eindeutige Aussage machen. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß die zwangsläufigen Gründe überwiegen.

Beim Vergleich des „wirklichen“ mit dem „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten ist ersichtlich, in welcher Höhe die Kreditinstitute Notenbankguthaben für andere Zwecke als zur zusätzlichen Geldschöpfung verwenden mußten oder verwendet haben, und wann ihnen außer vom Zentralbanksystem auch noch aus anderen Quellen Notenbankguthaben für eine zusätzliche Geldschöpfung verfügbar geworden ist. Der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient ist in den Jahren 1950 bis 1953 und 1955 kleiner als der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient. Den Kreditinstituten stand also in diesen Jahren weniger, in den Jahren 1948 (ab Oktober), 1949 und 1954 dagegen mehr Notenbankguthaben für die zusätzliche Geldschöpfung zur Verfügung, als ihnen vom Zentralbanksystem zugeflossen ist². Es stellt sich nun die Frage, durch welche von den in der Arbeit angegebenen Größen diese Abweichungen des „wirklichen“ von dem „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten im einzelnen verursacht sind.

Den Kreditinstituten kann dadurch zusätzliches Notenbankguthaben zugeflossen sein, daß sich die Zahlungsgewohnheiten zugunsten des Giralgeldes verändert haben; es kann ihnen andererseits zusätzliches Notenbankguthaben dadurch verlorengegangen sein, daß sich die Zahlungsgewohnheiten zugunsten des Stückgeldes verändert haben.

Die hierdurch verursachte Umwechslung von einer Geldart in die andere läßt sich am zweckmäßigsten in einem *neuen* Geldschöpfungskoeffizienten erfassen, der die Bedeutung dieser Umwechslung für die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute am besten zeigt. Wir hatten bei unserem „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten den Barabhebungssatz aus dem jeweiligen Verhältnis der Stückgeldmenge zur Gesamtgeldmenge ermittelt. Für die Berechnung dieses neuen Geldschöpfungskoeffizienten nehmen wir nun einen neuen Barabhebungssatz, der bestimmt werden soll aus dem jeweiligen Anteil

² Vgl. Abbildung I im Anhang Teil II.

des neu entstandenen Stückgeldes zu der neu entstandenen Gesamtgeldmenge. Dieser Barabhebungssatz läßt sich nur für die einzelnen Jahre, nicht aber für die einzelnen Monate errechnen. Innerhalb kleiner Zeitabschnitte ergeben sich oft die Werte null oder unendlich, weil das Stückgeldvolumen zunimmt, die Gesamtgeldmenge dagegen nicht, oder umgekehrt. Der aus dem jeweiligen Anteil des neu entstandenen Stückgeldes zu der neu entstandenen Gesamtgeldmenge berechnete Barabhebungssatz betrug:

in v.H.	1948 ³⁾	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
	43,5	44,8	39,4	40,1	64,5	54,0	25,3	43,5

Der mit diesem Barabhebungssatz und dem entsprechenden durchschnittlichen Mindestreservesatz für Sichteinlagen⁴ errechnete Geldschöpfungskoeffizient betrug:

	1948 ³⁾	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
	2,01	1,93	2,16	2,03	1,44	1,69	2,99	2,00

Bei einem Vergleich zwischen diesem und dem „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten kann man erkennen, wann eine Umwechslung von Stückgeld in Giralgeld und wann eine Umwechslung von Giralgeld in Stückgeld stattgefunden hat; außerdem wird die Bedeutung der Umwechslung von einer Geldart in die andere für die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute ersichtlich⁵.

In den Jahren 1948 bis 1951, 1954 und 1955 hat eine Umwechslung von Stückgeld in Giralgeld stattgefunden, die im Jahre 1954 besonders groß war. In den Jahren 1952 und 1953 fand dagegen eine Umwechslung von Giralgeld in Stückgeld statt, die im Jahre 1952 bedeutend größer war als im folgenden Jahr.

Bei einem Vergleich zwischen dem „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten und dem, der mit Hilfe des zweiten Barabhebungssatzes⁶ errechnet wurde, ist nun zu erkennen, ob den Kreditinstituten aus den Veränderungen der freiwilligen Barreservehaltung und aus den Veränderungen der sonstigen Mindestreservehaltung im Endergebnis zusätzliches Notenbankguthaben verlorengegangen ist, oder ob ihnen aus diesen Quellen Notenbankguthaben für eine Geldschöpfung zur Verfügung gestanden hat⁷.

³ Nur für die Monate Oktober bis Dezember.

⁴ Vgl. B. II. Der Mindestreservesatz.

⁵ Vgl. Abbildung II im Anhang Teil II.

⁶ Vgl. S. 46 f.

⁷ Vgl. Abbildung III im Anhang Teil II.

Im Jahre 1949 ist von den Kreditinstituten aus diesen Quellen zusätzliches Notenbankguthaben für eine Geldschöpfung verwendet worden. In den übrigen Jahren des Beobachtungszeitraumes ist ihnen dagegen aus den vorhin angegebenen Gründen Notenbankguthaben verlorengegangen, und zwar in den Jahren 1950, 1951 und 1954 bedeutend mehr als in den übrigen Jahren.

Wir fragen uns nun, wofür die Kreditinstitute im einzelnen dieses Notenbankguthaben benötigt haben und weshalb ihnen 1949 zusätzliches Notenbankguthaben zugeflossen ist. Um dies zu erklären, ist es notwendig, daß jetzt die einzelnen entsprechenden Positionen, soweit sie nicht schon in anderem Zusammenhang gebracht wurden, angeführt werden. Aus der Mindestreservenstatistik in den Monatsberichten der Bank deutscher Länder können die Veränderungen der freiwilligen Einlagen beim Zentralbanksystem entnommen werden. Daraus ist ersichtlich, daß die Kreditinstitute in den einzelnen Jahren freiwillige Einlagen beim Zentralbanksystem in folgender Höhe aufgelöst (—) oder gebildet (+) haben:

in Millionen DM							
1948 ⁸	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
— 171	— 222	— 71	+ 18	+ 17	+ 1	+ 52	+ 29

Von Bedeutung sind eigentlich nur die Zahlen der Jahre 1948 und 1949, während die Zahlen der übrigen Jahre so klein sind, daß sie keinen spürbaren Einfluß auf unseren „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten ausüben.

Die Kassenbestände der Kreditinstitute an Stückgeld erhält man, wenn man vom Stückgeldumlauf außerhalb des Zentralbanksystems den Stückgeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute abzieht. Die Veränderungen dieser Kassenbestände sind ebenfalls relativ gering; die Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) in den einzelnen Jahren betrug:

in Millionen DM							
1948 ⁸	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
— 26	+ 6	+ 26	+ 93	+ 63	+ 10	+ 52	+ 39

Die Veränderung der Kassenbestände der Kreditinstitute an Stückgeld ist höchstens im Jahre 1951 für die Höhe des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten von Bedeutung⁹.

⁸ Nur für die Monate Oktober bis Dezember.

⁹ Z. T. wurde schon die erhöhte Kassenhaltung an Stückgeld mit erfaßt, weil wir zur Berechnung des „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten jeweils die höchsten Mindestreservesätze herangezogen haben; vgl. B. II. Der Mindestreservesatz.

Die Veränderungen der Spar- und Termineinlagen und die damit verbundenen Veränderungen der Mindestreservehaltung können von der im Anhang gebrachten statistischen Übersicht „kompensatorische Geldschöpfung, ermöglicht durch die Zunahme der Spar- und Termineinlagen“¹⁰ abgeleitet werden. Die Veränderung der Mindestreservesätze für Sichteinlagen wurde schon gezeigt¹¹. Sofern die Mindestreservesätze für Spar- und Termineinlagen verändert wurden, fiel diese Veränderung mit der für Sichteinlagen zeitlich zusammen und bewegte sich in der gleichen Richtung.

In den Monaten Oktober bis Dezember 1948 sind den Kreditinstituten durch die Heraufsetzung der Mindestreservesätze mehr Notenbankguthaben verlorengegangen, als ihnen durch die Auflösung von freiwilligen Barreserven und durch die verkleinerte Mindestreservehaltung infolge der Abnahme der Termineinlagen zusätzlich verfügbar wurden. Anders im Jahre 1949. Hier stand den Kreditinstituten mehr Notenbankguthaben zur Verfügung, weil durch die Herabsetzung der Mindestreservesätze und durch die Auflösung von freiwilligen Barreserven bedeutend mehr Notenbankguthaben frei verfügbar wurden, als für die Mindestreservehaltung, resultierend aus der Zunahme der Spar- und Termineinlagen, verwendet werden mußten. 1950 dagegen konnten zwar nochmals in geringem Ausmaß freiwillige Barreserven aufgelöst werden, aber die Kreditinstitute benötigten jetzt bedeutend mehr Notenbankguthaben für die aus der starken Heraufsetzung der Mindestreservesätze und aus der beträchtlichen Zunahme der Spar- und Termineinlagen resultierende erhöhte Mindestreservehaltung. Das gleiche gilt für das Jahr 1951 aufgrund der Zunahme der Spar- und Termineinlagen; außerdem werden in diesem Jahr in geringem Ausmaß zusätzliche Barreserven gebildet. 1952 und 1953 wurden die Mindestreservesätze wieder herabgesetzt. Das dadurch verfügbar werdende Notenbankguthaben reichte jedoch nicht für die infolge der Zunahme der Spar- und Termineinlagen erforderliche Mindestreservehaltung aus. 1954 benötigten die Kreditinstitute Notenbankguthaben, weil die Spar- und Termineinlagen stark anstiegen. 1955 wurden die Mindestreservesätze wieder leicht erhöht, die Zunahme der Spar- und Termineinlagen war dagegen nicht mehr so groß wie in den Vorjahren.

Damit sind im wesentlichen die Ursachen für die in den einzelnen Jahren auftretende Abweichung des „wirklichen“ vom „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten dargelegt. Man erkennt die große Bedeutung, die der Umwechslung von einer Geldart in die andere und der Mindestreservesatzpolitik des Zentralbankrates für die Geld-

¹⁰ Vgl. Tabelle 7 im Anhang Teil I.

¹¹ Vgl. B. II. Der Mindestreservesatz.

schöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute zukommt. Außerdem wird ersichtlich, wie wenig die Höhe des „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten von einer Veränderung der Mindestreservesätze beeinflusst wird, während sich diese Veränderung auf die Höhe des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten wesentlich auswirkt.

Wir haben bis jetzt nur die jährlichen Abweichungen des „wirklichen“ vom „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten untersucht und festgestellt, daß der „wirkliche“ im Gegensatz zum „theoretischen“ Geldschöpfungskoeffizienten erheblichen Schwankungen unterworfen ist. Die monatlichen Abweichungen sind nun zum Teil noch bedeutend stärker. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß der Bedarf der Kreditinstitute an Notenbankguthaben innerhalb der einzelnen Monate in erster Linie von den oben erwähnten Gründen bestimmt wurde. Der Barabhebungssatz und der Mindestreservesatz für neu geschöpftes Geld standen hingegen in diesen kurzen Zeitabschnitten an Bedeutung zurück. Vielleicht liegt hierin auch ein Grund dafür, daß von der Praxis die Existenz eines Geldschöpfungskoeffizienten bestritten wird.

Bei den Monatszahlen des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten waren die auf den erwähnten Gründen beruhenden sonstigen Einflüsse so stark, daß nicht einmal die Wirkungen aus den Veränderungen der Mindestreservesätze deutlich sichtbar wurden. Ab 1951 traten jeweils in den Monaten Dezember und Januar fast immer die gleichen Schwankungen des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten auf. Sonstige saisonale Schwankungen waren jedoch nicht erkennbar. Jeweils im Dezember ist den Kreditinstituten meistens vom Zentralbanksystem mehr Notenbankguthaben zugeflossen als die zusätzliche Geldschöpfung im gleichen Monat ausmachte. Dies ist dadurch zu erklären, daß der Bargeldbedarf der Volkswirtschaft wegen des Weihnachtsgeschäftes etwas höher lag als in den anderen Monaten. Ein wichtiger Grund dürfte auch der sein, daß die Kreditinstitute im Zusammenhang mit dem Jahresbilanzstichtag (31. Dezember) in ihren Bilanzen möglichst liquid erscheinen möchten. Deshalb wurden von ihnen um diese Zeit zusätzliche große freiwillige Barreserven gebildet. Im Januar wurden diese freiwilligen Barreserven wieder aufgelöst, woraus sich dann auch erklärt, weshalb bedeutend mehr Notenbankguthaben an das Zentralbanksystem zurückfloß, als die zusätzliche Geldvernichtung in diesem Monat ausmachte. Dies ist auch die Ursache dafür, daß bei unserem statistisch bearbeiteten „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten für den Monat Januar so hohe Zahlen erscheinen. Beim Kreditschöpfungskoeffizienten sind diese Zahlen für Januar deshalb noch beträchtlich größer, weil die Kreditinstitute noch vermehrt Kredite gewährten, obwohl große Beträge an Notenbankguthaben zum Zentralbanksystem zurückflossen.

Bei einem Vergleich des „wirklichen“ mit dem Kreditschöpfungskoeffizienten kann man erkennen, in welchem relativen Ausmaß die kompensatorische Geldschöpfung oder die zusätzliche Geldschöpfung durch eine Abnahme der befristeten Einlagen vorliegt¹².

Nur im Jahre 1948 (Oktober bis Dezember) hat eine zusätzliche Geldschöpfung durch eine Abnahme der befristeten Einlagen stattgefunden. Die gesamte zusätzliche Geldschöpfung in diesem Zeitraum ist zum etwas größeren Teil durch eine zusätzliche Kreditgewährung, zum etwas kleineren Teil durch diese Abnahme der befristeten Einlagen entstanden. Im gesamten übrigen Beobachtungszeitraum liegt immer eine kompensatorische Geldschöpfung vor. In der Abbildung VIII im Anhang ist deutlich der Einbruch in die Spartätigkeit durch die Koreakrise zu erkennen. Im Jahre 1955 läßt im Vergleich zu den Vorjahren die Spartätigkeit wieder nach. Die Termineinlagen haben 1953 ihren höchsten Stand erreicht und zeigen von da ab keine Zunahme mehr. Andererseits erkennt man, zu welcher großen Bedeutung für die kompensatorische Geldschöpfung ab 1950 die Zunahme der von den Banken verkauften Schuldverschreibungen und der bei Nichtbanken längerfristig aufgenommenen Gelder angewachsen ist.

¹² Vgl. Abbildung IV im Anhang Teil II.

Anhang Teil I mit Tabellen

Bei der Darstellung des Zahlenmaterials werden nur die Jahresendwerte bzw. Jahreswerte gebracht. Die entsprechenden Monatswerte lassen sich den Monatsberichten der Bank deutscher Länder entnehmen bzw. können aus ihnen errechnet werden.

1. Die Bilanzen des Zentralbanksystems; das den Kreditinstituten vom Zentralbanksystem zufließende oder an dieses verlorengelassene Notenbankguthaben

Zu Tabelle 1 und 2

Zuerst soll die Schöpfung von Notenbankguthaben durch das Zentralbanksystem gezeigt werden. Als Unterlage hierfür wird der „Zusammengefaßte Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken“ in den Monatsberichten der Bank deutscher Länder (BdL) benutzt. Die Schöpfung bzw. Vernichtung von Notenbankguthaben ist zu erkennen aus den Veränderungen des Bargeldumlaufs außerhalb des Zentralbanksystems und der gesamten Einlagen beim Zentralbanksystem. Bis zum Juni 1950 kann der Bargeld- oder auch Zahlungsmittelumlauf außerhalb des Zentralbanksystems direkt dem eben genannten „Zusammengefaßten Ausweis ...“ entnommen werden. Danach wird in dieser Bilanz nur noch der Banknotenumlauf ausgewiesen; es muß also von da ab auch der Umlauf

Tabelle 1
in Mill. DM Stand am Jahresende

	Bargeldumlauf außerhalb des Zentralbank- systems	Einlagen beim Zentralbank- system	Vorübergehend in Ausgleichs- forderungen angelegte Beträge
1948	6 319	3 132	200
1949	7 737	2 480	402
1950	8 414	5 179	220
1951	9 713	5 446	930
1952	11 270	4 998	1 673
1953	12 435	4 842	3 003
1954	13 296	5 356	4 730
1955	14 642	7 709	3 581

Quelle: Monatsberichte der Bank deutscher Länder.

an Scheidemünzen hinzugezählt werden. Die Einlagen beim Zentralbanksystem sind durchgehend dem „Zusammengefaßten Ausweis ...“ zu entnehmen. Zu den Einlagen zählen auch die vom Bund vorübergehend in Ausgleichsforderungen der BdL angelegten Beträge. Diese vorübergehend in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge, wie wir sie in Zukunft nennen wollen, sind in den Monatsberichten der BdL unter „Bargeldumlauf und Bankeinlagen“ aufgeführt.

Tabelle 2

Jährliche Schöpfung (+) bzw. Vernichtung (—) von Notenbankguthaben in Mill. DM aus den Veränderungen:

	1. des Bargeldumlaufes außerhalb des Zentralbanksystems	2. der Einlagen beim Zentralbanksystem	3. der angelegten Ausgleichsforderungen	insgesamt (1 + 2 + 3)
1948 ^{a)}	+ 961	— 129	+ 200	+ 1 032
1949	+ 1 418	— 652	+ 202	+ 968
1950	+ 677	+ 2 699	— 182	+ 3 194
1951	+ 1 299	+ 267	+ 710	+ 2 278
1952	+ 1 557	— 448	+ 743	+ 1 853
1953	+ 1 165	— 156	+ 1 330	+ 2 339
1954	+ 861	+ 514	+ 1 727	+ 3 101
1955	+ 1 346	+ 2 353	— 1 149	+ 2 550

a) Nur für die Monate Oktober bis Dezember.

Die Zunahme des Bargeldumlaufes außerhalb des Zentralbanksystems im gesamten Beobachtungszeitraum beträgt 9284 Mill. DM, die der Einlagen beim Zentralbanksystem (einschließlich der vorübergehend in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge) 8029 Mill. DM. Die Schöpfung von Notenbankguthaben in diesem Zeitraum hat somit die Höhe von 17 313 Mill. DM. Wie ersichtlich, ist die zusätzliche Schöpfung von Notenbankguthaben in den Jahren 1948 (ab Oktober), 1950 und 1954 besonders groß gewesen, im Jahre 1949 weist sie dagegen eine relativ geringe Höhe auf.

Zu Tabelle 3 und 4

Bisher wurde von der Passivseite des „Zusammengefaßten Ausweises ...“ ausgehend die Höhe der Schöpfung von Notenbankguthaben bestimmt. Nunmehr sollen aus der Aktivseite der Bilanz die Ursachen festgestellt werden, die zu der Schöpfung von Notenbankguthaben geführt haben. Wir hatten die Passivseite des „Zusammengefaßten Ausweises ...“ bei der Feststellung der Höhe der Schöpfung von Notenbankguthaben erweitert um den Umlauf an Scheidemünzen (ab Juli 1950) und um die vorübergehend in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge; folglich muß auch die Aktivseite um diese Be-

träge vergrößert werden. Es dürfen also nicht nur die Zahlen verwendet werden, die auf der Aktivseite dieser Bilanz für den Bestand an Ausgleichsforderungen angegeben sind, es müssen auch die Ausgleichsforderungen hinzugezählt werden, die vom Bund vorübergehend zurückgekauft wurden. Außerdem muß der Bestand an Scheidemünzen beim Zentralbanksystem erweitert werden um den Scheidemünzenumlauf. Diese beiden Posten sind in den gesamten Münzgutschriften zugunsten des Bundes enthalten. Wir hatten bei der Feststellung der Schöpfung von Notenbankguthaben auf der Passivseite des „Zusammengefaßten Ausweises ...“ einige Bilanzpositionen nicht benötigt; diese müssen nun, ähnlich wie in unserer zusammengefaßten statistischen Bilanz aller Kreditinstitute¹, auf die Aktivseite herübergezogen und mit den ihnen entsprechenden Positionen auf der Aktivseite der Bilanz saldiert werden.

Die Ursachen der Schöpfung bzw. auch Vernichtung von Notenbankguthaben werden in vier Hauptposten unterteilt:

1. Die aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts resultierende Schöpfung, bzw. Vernichtung von Notenbankguthaben. Sie ergibt sich aus den Bilanzposten: Gold + Guthaben bei ausländischen Banken + Sorten ausländischer Wechsel und Schecks + Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäftes minus Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft (Passivseite).

2. Die Schöpfung bzw. Vernichtung von Notenbankguthaben, die sich aus der Veränderung des Inlandwechselbestandes im Portefeuille des Zentralbanksystems ergibt.

3. Die Schöpfung bzw. Vernichtung von Notenbankguthaben, die bei veränderter Inanspruchnahme durch die öffentlichen Körperschaften eintritt. Hierunter fallen folgende Posten: Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen + Vorschüsse und kurzfristige Kredite + Münzgutschriften² zugunsten des Bundes.

4. Die sonstigen Faktoren, bestehend aus den noch nicht erfaßten Aktiva minus den noch nicht erfaßten Passiva im „Zusammengefaßten Ausweis ...“. Unter den Aktiva sind besonders zu erwähnen: Lombardforderungen, Wertpapiere und unverzinsliche Schuldverschreibungen, Ausgleichsforderungen (inkl. der vom Bund vorübergehend in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge).

In der nun folgenden Tabelle 3 sind die ersten drei Positionen in ihren Gesamtsummen dargestellt. Tabelle 4 zeigt sodann die Zunahme bzw. Abnahme aller Positionen in den einzelnen Jahren. Alle diese Veränderungen ergeben zusammen ebenfalls die jährliche Schöpfung bzw. Vernichtung von Notenbankguthaben.

¹ Vgl. A. I. Die Geldmenge und die verschiedenen Arten der Geldschöpfung.

² In Tab. 3 wird dieser Betrag getrennt ausgewiesen.

Tabelle 3
in Mill. DM Stand am Jahresende

	Auslands- guthaben plus Gold minus Aus- landsschulden	Inlands- wechsel- bestand	Schatzwechsel Schatz- anweisungen Vorschüsse kurzfristige Kredite	Scheide- münzen- umlauf und -bestand
1948	168	1 604	99	—
1949	— 1 375 ^{a)}	3 226	382	—
1950	— 1 129 ^{a)}	4 209	1 479	244
1951	1 237	4 615	1 195	539
1952	4 576	3 360	686	859
1953	8 112	2 786	443	939
1954	10 879	2 850	355	1 008
1955	12 873	4 030	567	1 038

^{a)} Das Minuszeichen bedeutet, daß die Auslandsschulden größer sind als die Auslandsguthaben.

Quelle: Monatsberichte der Bank deutscher Länder.

Tabelle 4

Jährliche Schöpfung (+) bzw. Vernichtung (—) von Notenbankguthaben
in Mill. DM durch:

	1. Abwick- lung des Ausland- zahlungs- verkehrs	2. Redis- kontierung von Inland- wechseln	3. In- anspruch- nahme des Staates	4. sonstige Faktoren	insgesamt (1 + 2 + 3 + 4)
1948 ^{a)}	+ 289	+ 727	+ 64	— 47	+ 1 032
1949	— 1 543	+ 1 522	+ 283	+ 607	+ 968
1950	+ 246	+ 983	+ 1 341	+ 622	+ 3 194
1951	+ 2 366	+ 406	+ 11	— 508	+ 2 278
1952	+ 3 339	— 1 255	— 189	— 40	+ 1 853
1953	+ 3 536	— 574	— 133	— 492	+ 2 339
1954	+ 2 767	+ 64	— 49	+ 320	+ 3 191
1955	+ 1 994	+ 1 180	+ 242	— 866	+ 2 550

^{a)} Nur für die Monate Oktober bis Dezember.

Die Zunahme der Auslandsguthaben plus Gold minus Auslandsschulden beim Zentralbanksystem im gesamten Beobachtungszeitraum beträgt 12 994 Millionen DM, die des Bestandes an Inlandwechseln beim Zentralbanksystem 3153 Millionen DM, die der unter 3. genannten Positionen 1570 Millionen DM. Die unter 4. aufgeführten Beträge haben in diesem Zeitraum um 404 Millionen abgenommen. Summatisch kommt also der Abwicklung des Auslandszahlungsverkehrs beim Zentralbanksystem die größte Bedeutung für die Schöpfung von Notenbankguthaben zu. Betrachtet man jedoch die Jahreszahlen, so erkennt man, daß in einzelnen Jahren der Bestand an Inlandwechseln beim Zentralbanksystem einen noch stärkeren Einfluß ausübt. Es sind

dies die Jahre bis 1951 und das Jahr 1955. Der Zahlungsbilanzüberschuß der Zwischenjahre wird 1955 nicht mehr erreicht.

Zu Tabelle 5

Nur ein Teil der gesamten Schöpfung bzw. Vernichtung von Notenbankguthaben fließt den Kreditinstituten vom Zentralbanksystem zu oder geht ihnen an dieses verloren. Der andere Teil ist auf die Veränderung der Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem und auch auf die der Einlagen der Westberliner Zentralbank, die infolge der Sonderstellung Westberlins im „Zusammengefaßten Ausweis ...“ extra aufgeführt sind³, zurückzuführen.

In der folgenden Tabelle 5 sind die Einlagen der Kreditinstitute beim Zentralbanksystem in ihrer vollen Höhe, dann deren Zu- bzw. Abnahme in den Jahren und nochmals die des Bargeldumlaufes außerhalb des Zentralbanksystems dargestellt. Zusammen ergeben diese Veränderungen das den Kreditinstituten in den einzelnen Jahren vom Zentralbanksystem zufließende oder an dieses verlorengehende Notenbankguthaben.

Tabelle 5

Das den Kreditinstituten vom Zentralbanksystem jährlich zufließende (+) oder an dieses verlorengehende (—) Notenbankguthaben in Mill. DM aus den Veränderungen:

	1. Einlagen der Kredit- institute beim Zentral- banksystem ^{a)}	deren Zunahme bzw. Abnahme	2. Zunahme bzw. Abnahme des Bargeldum- laufes außer- halb des Zentral- banksystems	insgesamt (1 + 2)
1948	1 572	+ 248 ^{b)}	+ 961 ^{b)}	+ 1 209 ^{b)}
1949	1 268	— 304	+ 1 418	+ 1 114
1950	1 841	+ 572	+ 677	+ 1 249
1951	2 628	+ 787	+ 1 299	+ 2 086
1952	2 896	+ 267	+ 1 557	+ 1 824
1953	3 188	+ 292	+ 1 165	+ 1 457
1954	3 852	+ 665	+ 861	+ 1 526
1955	4 350	+ 498	+ 1 346	+ 1 844

^{a)} Stand am Jahresende (Quelle: Monatsberichte der BdL).

^{b)} Nur für die Monate Oktober bis Dezember.

Das den Kreditinstituten im gesamten Beobachtungszeitraum vom Zentralbanksystem zufließende Notenbankguthaben beträgt 12 309 Millionen DM. So starke Schwankungen innerhalb der einzelnen Jahre, wie wir sie bei der Schöpfung von Notenbankguthaben durch das

³ Ab Januar 1951.

Zentralbanksystem konstatiert haben, sind nicht mehr vorhanden. Während bei der Schöpfung von Notenbankguthaben durch das Zentralbanksystem die Jahre 1948 (ab Oktober), 1950 und 1954 die größten Werte aufwiesen, sind bei den den Kreditinstituten vom Zentralbanksystem zufließenden Notenbankguthaben die höchsten Beträge in den Jahren 1948 (ab Oktober), 1951, 1952 und 1955 zu erkennen.

Zum besseren Vergleich seien deshalb noch die Jahreszahlen der Zunahme (+) bzw. der Abnahme (—) der Einlagen von Nichtbanken und die der Berliner Zentralbank beim Zentralbanksystem gebracht:

in Mill. DM (ab Oktober 1948)							
1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
— 177	— 145	+ 1 944	+ 190	+ 25	+ 881	+ 1 578	+ 703

Die Zunahme im gesamten Beobachtungszeitraum beträgt 5002 Millionen DM.

Mit der Darstellung des den Kreditinstituten vom Zentralbanksystem zufließenden oder an dieses verlorengehenden Notenbankguthabens haben wir einen Faktor für die Berechnung des „wirklichen“ und auch des Kreditschöpfungskoeffizienten gewonnen.

2. Die zusammengefaßte Bilanz aller Kreditinstitute; die Geldschöpfung der Kreditinstitute

Ähnlich wie die Schöpfung von Notenbankguthaben durch das Zentralbanksystem an Hand des „Zusammengefaßten Ausweises der BdL und der Landeszentralbanken“ dargestellt wurde, soll nun die Geldschöpfung der Kreditinstitute an Hand der „Zusammengefaßten statistischen Bilanz der Kreditinstitute einschließlich des Zentralbanksystems“ gezeigt werden. Die „Zusammengefaßte statistische Bilanz...“ erscheint in den Monatsberichten der BdL erst ab Juni 1950.

Die zusätzliche Geldschöpfung der Kreditinstitute

Zu Tabelle 6

Die zusätzliche Geldschöpfung der Kreditinstitute soll aus den Veränderungen des Bargeldumlaufes außerhalb der Kreditinstitute und denen der Sichteinlagen bei den Kreditinstituten ermittelt werden. Der Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute kann ab Juni 1950 unmittelbar der „Zusammengefaßten statistischen Bilanz...“ oder für den gesamten Zeitraum ab Oktober 1948 bis 1955 durchgehend der Statistik „Bargeldumlauf und Bankeinlagen“ in den Monatsberichten der BdL entnommen werden. Der Banknotenumlauf in Westberlin, der bis Dezember 1953 gesondert ausgewiesen wurde, ist durchgehend

zum Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute hinzugerechnet worden. In der „Zusammengefaßten statistischen Bilanz . . .“ sind nur die Sichteinlagen insgesamt, also einschließlich der Sichteinlagen beim Zentralbanksystem, angeführt. Die Sichteinlagen bei den Kreditinstituten werden deshalb der Statistik „Bargeldumlauf und Bank-einlagen“ entnommen. Sie setzen sich zusammen aus den in dieser Statistik angegebenen Positionen: Sichteinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten bei den Kreditinstituten, Sichteinlagen deutscher öffentlicher Stellen bei den Kreditinstituten.

In der folgenden Tabelle 6 werden wieder die Gesamtsummen und dann deren Veränderungen in den einzelnen Jahren gebracht. Die Veränderungen ergeben zusammen die zusätzliche Geldschöpfung bzw. Geldvernichtung in den einzelnen Jahren.

Tabelle 6

Die zusätzliche jährliche Geldschöpfung (+) bzw. Geldvernichtung (—)
in Mill. DM aus den Veränderungen:

	1. Bargeld- umlauf außerhalb d. Kredit- institute ^{a)}	dessen Zu- bzw. Abnahme	2. Sicht- einlagen bei den Kredit- instituten ^{a)}	deren Zu- bzw. Abnahme	insgesamt (1 + 2)
1948	6 376	+ 1 011 ^{b)}	6 650	+ 1 311 ^{b)}	+ 2 322 ^{b)}
1949	7 466	+ 1 090	7 991 ^{c)}	+ 1 341	+ 2 431
1950	8 117	+ 651	9 340	+ 1 000	+ 1 651
1951	9 323	+ 1 206	11 146	+ 1 806	+ 3 012
1952	10 817	+ 1 494	11 973	+ 827	+ 2 321
1953	11 972	+ 1 155	12 957	+ 984	+ 2 139
1954	12 781	+ 809	15 350	+ 2 393	+ 3 202
1955	14 088	+ 1 307	17 050	+ 1 700	+ 3 007

a) Stand am Jahresende (Quelle: Monatsberichte der BdL).

b) Nur für die Monate Oktober bis Dezember.

c) Im Dezember 1949 wurden 349 Mill. DM von den Termineinlagen auf die Sichteinlagen umgebucht. Bei Berücksichtigung dieses Betrages erhöht sich der Jahresendwert für 1949 auf 8340 Mill. DM.

Die Zunahme des Bargeldumlaufes außerhalb der Kreditinstitute im gesamten Beobachtungszeitraum beträgt 8723 Millionen DM, die der Sichteinlagen bei den Kreditinstituten 11 362 Millionen DM. Die zusätzliche Geldschöpfung der Kreditinstitute während dieses Zeitraumes ergibt also 20 085 Millionen DM. Die zusätzliche Geldschöpfung in den Jahren 1948 (ab Oktober), 1951, 1954 und 1955 ist besonders hoch; im Jahre 1950 hat dagegen eine relativ kleine zusätzliche Geldschöpfung stattgefunden.

*Die kompensatorische Geldschöpfung der Kreditinstitute**Zu Tabelle 7*

Zuerst soll nur die kompensatorische Geldschöpfung bzw. Geldvernichtung dargestellt werden, die durch eine Zu- bzw. Abnahme der Spar- und Termineinlagen ermöglicht wird. Die Spar- und Termineinlagen können ab Juni 1950 der „Zusammengefaßten statistischen Bilanz ...“ oder für den gesamten Zeitraum ab 1948 bis 1955 der Statistik „Bargeldumlauf und Bankeinlagen“ entnommen werden.

In der folgenden Tabelle 7 werden zuerst wieder die Gesamtsummen, dann deren Veränderungen in den einzelnen Jahren gebracht. Die Veränderungen ergeben zusammen die jährliche kompensatorische Geldschöpfung bzw. Geldvernichtung, die durch die Zu- bzw. Abnahme der Spar- und Termineinlagen ermöglicht wurde.

Tabelle 7

Jährliche kompensatorische Geldschöpfung (+) bzw. Geldvernichtung (—) in Mill. DM ermöglicht durch:

	1. Spar- einlagen bei den Kredit- instituten ^{a)}	deren Zu- bzw. Abnahme	2. Termin- einlagen bei den Kredit- instituten ^{a)}	deren Zu- bzw. Abnahme	insgesamt (1 + 2)
1948	1 599	+ 641 ^{b)}	1 591	— 1 602 ^{b)}	— 961 ^{b)}
1949	3 061	+ 1 462	2 464 ^{c)}	+ 873	+ 2 335
1950	4 065	+ 1 004	4 168	+ 2 053	+ 3 057
1951	4 984	+ 919	5 692	+ 1 524	+ 2 443
1952	7 404	+ 2 420	7 759	+ 2 067	+ 4 487
1953	11 241	+ 3 837	9 940	+ 2 181	+ 6 018
1954	16 717	+ 5 476	9 751	— 189	+ 5 287
1955	20 668	+ 3 951	9 762	+ 11	+ 3 962

^{a)} Stand am Jahresende (Quelle: Monatsberichte der BdL).

^{b)} Nur für die Monate Oktober bis Dezember.

^{c)} Im Dezember 1949 wurden 349 Mill. DM von den Termineinlagen auf die Sichteinlagen umgebucht. Bei Berücksichtigung dieses Betrages vermindert sich der Jahreswert für 1949 auf 2115 Mill. DM.

Die Zunahme der Spareinlagen bei den Kreditinstituten im gesamten Beobachtungszeitraum beträgt 19 710 Millionen DM, die der Termineinlagen 6918 Millionen DM. Die kompensatorische Geldschöpfung, die durch eine Zunahme der Spar- und Termineinlagen ermöglicht wurde, ergibt somit in diesem Zeitraum 26 682 Millionen DM. Diese kompensatorische Geldschöpfung ist in den Jahren 1952 und 1954 am größten. In den Monaten Oktober bis Dezember 1948 ist insgesamt eine Abnahme der Spar- und Termineinlagen von fast einer Milliarde zu verzeichnen.

Zu Tabelle 8

Außer der durch die Zunahme der Spar- und Termineinlagen ermöglichten kompensatorischen Geldschöpfung kennen wir noch jene kompensatorische Geldschöpfung der Kreditinstitute, die durch die Zunahme der von den Banken (an Nichtbanken) verkauften Schuldverschreibungen und der bei Nichtbanken längerfristig aufgenommenen Gelder ermöglicht wird. Diese kompensatorische Geldschöpfung wird deshalb gesondert ausgewiesen, weil wir sie erst ab Juni 1950 ermitteln können, und weil für sie im Gegensatz zur erstgenannten keine zusätzliche Mindestreserverhaltung eintritt. Die relativ kleinen Anfangszahlen lassen im übrigen erkennen, daß die Bedeutung dieser kompensatorischen Geldschöpfung in der Zeit vor Juni 1950 nicht allzu groß gewesen sein kann. Die beiden Positionen, von Banken an Nichtbanken verkaufte Schuldverschreibungen und bei Nichtbanken längerfristig aufgenommene Gelder, werden der „Zusammengefaßten statistischen Bilanz ...“ entnommen.

In der folgenden Tabelle 8 werden wieder die Gesamtsummen und ihre Veränderungen in den einzelnen Jahren dargestellt. Zusammen ergeben die Veränderungen die durch diese beiden Positionen ermöglichte kompensatorische Geldschöpfung in den einzelnen Jahren.

Tabelle 8

Jährliche kompensatorische Geldschöpfung (+) in Mill. DM ermöglicht durch:

	1. verkaufte Schuld- verschrei- bungen der Kredit- institute ^{a)}	deren Zu- bzw. Abnahme	2. bei Nicht- banken länger- fristig auf- genommene Gelder ^{a)}	deren Zu- bzw. Abnahme	insgesamt (1 + 2)
1950	1 492	+ 228 ^{b)}	3 808	+ 1 455 ^{b)}	+ 1 683 ^{b)}
1951	2 219	+ 727	5 639	+ 1 831	+ 2 558
1952	3 028	+ 809	8 449	+ 2 810	+ 3 619
1953	4 932	+ 1 904	11 134	+ 2 685	+ 4 589
1954	8 480	+ 3 548	14 922	+ 3 788	+ 7 336
1955	11 465	+ 2 985	19 107	+ 4 185	+ 7 170

^{a)} Stand am Jahresende (Quelle: Monatsberichte der BdL).

^{b)} Nur für die Monate Juli bis Dezember.

Die Zunahme der von den Banken (an Nichtbanken) verkauften Bankschuldverschreibungen im gesamten Beobachtungszeitraum (ab Juli 1950) beträgt 10 201 Millionen DM, die der bei Nichtbanken längerfristig aufgenommenen Gelder 16 754 Millionen DM. Die durch diese Faktoren ermöglichte kompensatorische Geldschöpfung der Kreditinstitute ergibt somit ab Juli 1950 bis Dezember 1955 insgesamt 26 955 Millionen DM. Innerhalb der einzelnen Jahre ist eine immer

stärkere Zunahme zu verzeichnen, nur die Zunahme im Jahre 1955 bleibt etwas hinter der im Jahre 1954 zurück.

In der folgenden Übersicht wird die gesamte kompensatorische Geldschöpfung für die einzelnen Jahre gebracht:

in Millionen DM

1950 (ab Juli)	1951	1952	1953	1954	1955
2 929	5 001	8 106	10 607	12 623	11 132

Die gesamte kompensatorische Geldschöpfung in der Zeit von Juli 1950 bis Dezember 1955 beträgt also zusammen 50 397 Millionen DM.

Von den Kreditinstituten geschöpfte Geldbeträge, die als Einlagen beim Zentralbanksystem erscheinen

Zu Tabelle 9

Die von den Kreditinstituten geschöpften Geldbeträge, die als Einlagen beim Zentralbanksystem erscheinen, erhält man, wenn man von den Einlagen der Nichtbanken beim Zentralbanksystem die gesamte Geldschöpfung des Zentralbanksystems abzieht. Die Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem können den entsprechenden Positionen der Statistik „Bargeldumlauf und Bankeinlagen“ entnommen werden. In der „Zusammengefaßten statistischen Bilanz ...“ sind sie in den Positionen „Sichteinlagen“ und „Gegenwertkonten im Zentralbanksystem“ mit enthalten. Die Geldschöpfung des Zentralbanksystems wird den Positionen Kreditgewährung des Zentralbanksystems und Münzgutschriften zugunsten des Bundes aus der „Zusammengefaßten statistischen Bilanz ...“ entnommen.

Tabelle 9

Die Geldschöpfung der Kreditinstitute, die als Einlage beim Zentralbankinstitut erscheint
Jährliche Geldschöpfung (+), Geldvernichtung (—) in Mill. DM

	1. Einlagen von Nicht- banken beim Zentral- banksystem ^{a)}	2. Geld- schöpfung insgesamt durch das Zentral- banksystem ^{a)}	3. Einlagen 1—2	deren Zu- bzw. Abnahme
1950	3 713	1 793	1 920	— 174 ^{b)}
1951	3 742	1 695	2 047	+ 127
1952	3 728	1 616	2 112	+ 65
1953	4 634	1 601	3 033	+ 921
1954	6 127	1 752	4 375	+ 1 342
1955	6 895	2 012	4 883	+ 508

a) Stand am Jahresende (Quelle: Monatsberichte der BdL).

b) Nur für die Monate Juli bis Dezember.

In der obigen Tabelle 9 sind die Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem, die Geldschöpfung durch das Zentralbanksystem (insgesamt) und die Einlagen von Nichtbanken, die auf eine Geldschöpfung der Kreditinstitute zurückzuführen sind, dargestellt. Die Veränderungen der zuletzt genannten Einlagen ergeben die jährliche gesuchte Geldschöpfung der Kreditinstitute.

Die Zunahme der Geldschöpfung der Kreditinstitute, die als Einlage beim Zentralbanksystem erscheint, beträgt in der Zeit von Juli 1950 bis Dezember 1955 2789 Millionen DM. Die Jahre 1950 bis 1952 weisen im Vergleich mit der Zunahme der bisher gebrachten Geldschöpfung nur ganz geringe Veränderungen auf; erst in den Jahren 1953 bis 1955 ist auch hier eine etwas größere Zunahme festzustellen, eine Entwicklung, die in der auf Erzielung von Überschüssen angelegten Finanzpolitik des Bundes ihre Ursache hat.

Die gesamte Geldschöpfung der Kreditinstitute

Zu Tabelle 10 und 11

Die zusätzliche, die kompensatorische Geldschöpfung und die von den Kreditinstituten geschöpften Geldbeträge, die als Einlagen beim Zentralbanksystem erscheinen, ergeben zusammen die gesamte Geldschöpfung der Kreditinstitute. Diese wird in der folgenden Übersicht für die einzelnen Jahre gebracht:

in Millionen DM

1950 (ab Juli)	1951	1952	1953	1954	1955
4 237	8 140	10 492	13 667	17 167	14 647

Die gesamte Geldschöpfung in der Zeit von Juli 1950 bis Dezember 1955 beträgt 68 350 Millionen DM.

Bisher haben wir die gesamte Geldschöpfung und die einzelnen Arten der Geldschöpfung dem Prinzip nach an Hand der Passivseite der „Zusammengefaßten statistischen Bilanz ...“ dargestellt. Wir wollen nunmehr die Ursachen, die zu dieser Geldschöpfung geführt haben, an Hand der Aktivseite der gleichen Bilanz aufzeigen. Die Ursachen der Geldschöpfung der Kreditinstitute werden in fünf Hauptposten unterteilt: 1. die kurzfristige Kreditgewährung, 2. die mittel- und langfristige Kreditgewährung, 3. der Verkauf oder Ankauf von Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen, 4. die Zunahme bzw. Abnahme der Auslandsaktiva plus Gold minus Auslandspassiva beim Zentralbanksystem und bei den Kreditinstituten, 5. die sonstigen Faktoren, bestehend aus den noch nicht erfaßten Aktiva minus den noch nicht erfaßten Passiva in der „Zusammengefaßten statistischen Bilanz ...“.

In den folgenden Tabellen werden erst die Gesamtsummen der ersten vier Positionen gebracht (Tabelle 10), anschließend die Veränderungen aller fünf Positionen in den einzelnen Jahren (Tabelle 11). Die Veränderungen ergeben zusammen ebenfalls die jährliche gesamte Geldschöpfung der Kreditinstitute.

Tabelle 10

Die wichtigsten vier Bilanzpositionen der Aktivseite der zusammengefaßten Bilanzen aller Kreditinstitute in Mill. DM. Stand am Jahresende

	kurzfristige Kredite	mittel- und langfristige Kredite ^{a)}	Wertpapiere u. Konsortialbeteiligungen	Auslandsaktiva minus -passiva
1950	14 095	7 412	610	— 460 ^{b)}
1951	16 710	11 354	707	1 592
1952	20 200	15 971	1 317	4 545
1953	22 936	22 754	2 582	8 029
1954	26 195	30 651	4 656	10 730
1955	29 221	40 819	6 370	12 638

a) Einschließlich durchlaufender Kredite.

b) Das Minuszeichen bedeutet, daß die Auslandspassiva größer sind als die Auslandsaktiva.

Quelle: Monatsberichte der Bank deutscher Länder.

Tabelle 11

Die gesamte jährliche Geldschöpfung (+) bzw. Geldvernichtung (—) in Mill. DM, resultierend aus der Zunahme bzw. Abnahme der:

	1. kurzfristige Kredite	2. mittel- u. langfristige Kredite ^{a)}	3. Wertpapiere u. Konsortialbeteilig.	4. Ausl.-aktiva minus -passiva	5. sonstige Faktoren ^{b)}	insgesamt (1+2+3+4+5)
1950 ^{c)}	+2 563	+ 2 736	+ 117	— 625	— 554	+ 4 237
1951	+2 615	+ 3 942	+ 97	+2 052	— 566	+ 8 140
1952	+3 490	+ 4 617	+ 610	+2 953	—1 178	+10 492
1953	+2 736	+ 6 783	+1 265	+3 484	— 601	+13 667
1954	+3 259	+ 7 897	+2 074	+2 701	+1 236	+17 167
1955	+3 026	+10 168	+1 714	+1 908	—2 169	+14 647

a) Einschließlich durchlaufender Kredite.

b) Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibungen plus Grundstücke und Gebäude plus Saldo aus Forderungen und Verpflichtungen zwischen Kreditinstituten plus sonstige Aktiva minus Kapital und Rücklagen minus sonstige Passiva.

c) Nur für die Monate Juli bis Dezember.

Die Zunahme der kurzfristigen Kreditgewährung in der Zeit von Juli 1950 bis Dezember 1955 beträgt insgesamt 17 689 Millionen DM, die der mittel- und langfristigen Kreditgewährung 36 143 Millionen DM, die der von den Kreditinstituten angekauften Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen 5877 Millionen DM, die die Auslandsaktiva

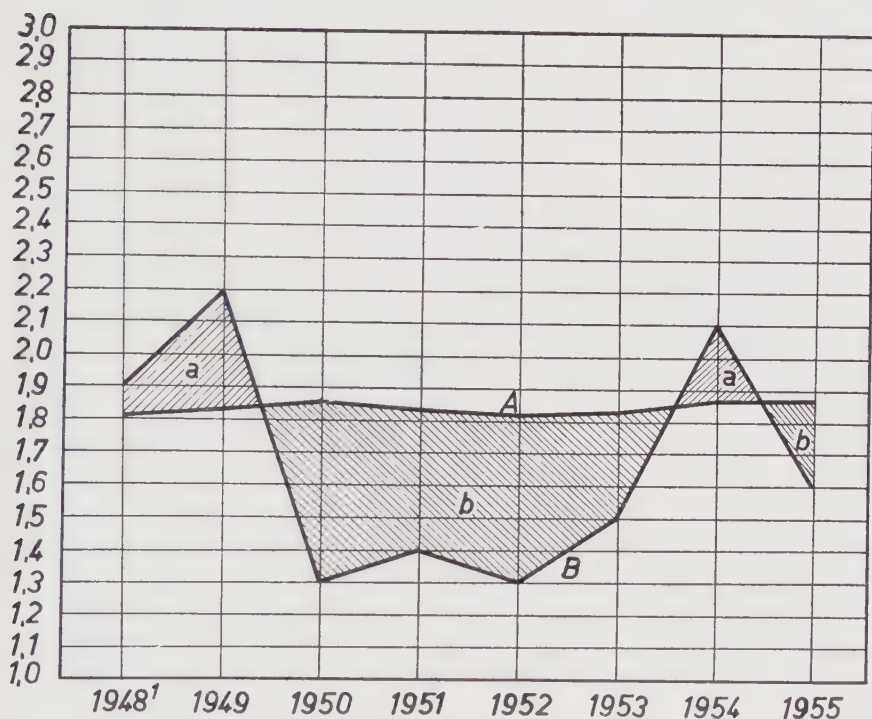
plus Gold minus Auslandspassiva 12 473 Millionen DM. Die sonstigen Faktoren haben in diesem Zeitraum um insgesamt 3832 Millionen DM abgenommen. Zusammen ergeben diese Veränderungen die schon vorher für diesen Zeitraum errechnete gesamte Geldschöpfung in Höhe von 68 350 Millionen DM.

Beim Vergleich zwischen Arten und Ursachen der Geldschöpfung ist festzustellen, daß die zusätzliche Geldschöpfung ungefähr der Zunahme der kurzfristigen Kreditgewährung, und die kompensatorische Geldschöpfung der Höhe nach den anderen Ursachen entspricht.

Mit der Darstellung der zusätzlichen und der gesamten Geldschöpfung haben wir nun die anderen Faktoren für die Berechnung des „wirklichen“ Geldschöpfungskoeffizienten und des Kreditschöpfungskoeffizienten gewonnen. Außerdem sind in den gebrachten Statistiken die Zahlen mit enthalten, aus denen der Barabhebungssatz errechnet werden kann.

Anhang Teil II mit Abbildungen

Abbildung I: Der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient und der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient



A = der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient

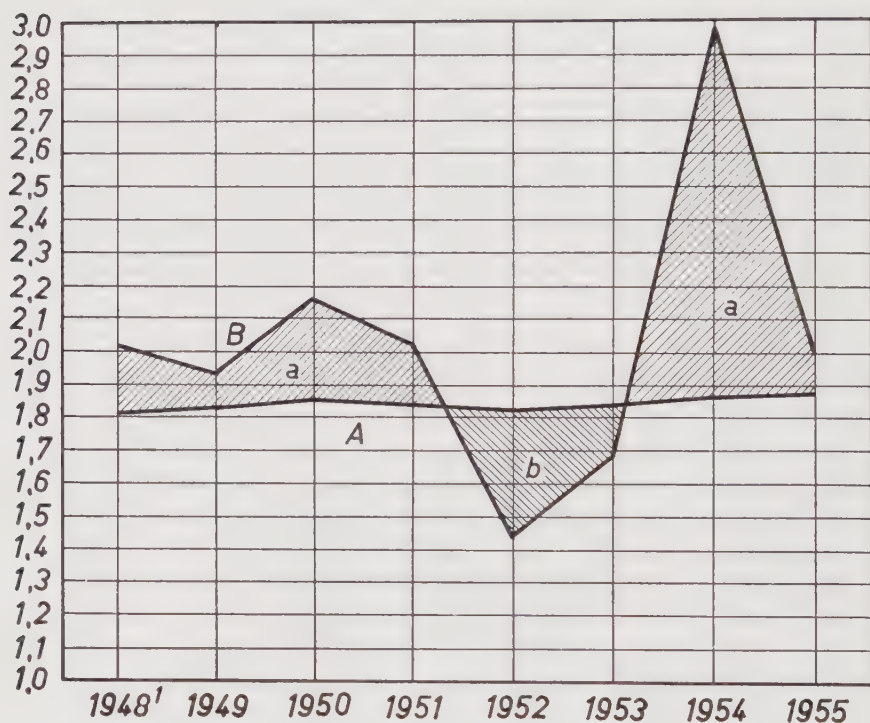
B = der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient

- a) den Kreditinstituten stand mehr Notenbankguthaben für eine Geldschöpfung zur Verfügung als ihnen vom Zentralbanksystem zugeflossen ist.
- b) den Kreditinstituten stand weniger Notenbankguthaben für eine Geldschöpfung zur Verfügung als ihnen vom Zentralbanksystem zugeflossen ist.

¹ Nur für die Monate Oktober bis Dezember.

Abbildung II: Der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient

Berechnet mit zwei verschiedenen Barabhebungssätzen



A = Der Barabhebungssatz wurde aus dem jeweiligen Anteil des Stückgeldes an der gesamten Geldmenge ermittelt.

B = Der Barabhebungssatz wurde aus dem jeweiligen Anteil des neu entstandenen Stückgeldes an der neu entstandenen Gesamtgeldmenge ermittelt.

a) es hat eine Umwechslung von Stückgeld in Giralgeld stattgefunden.

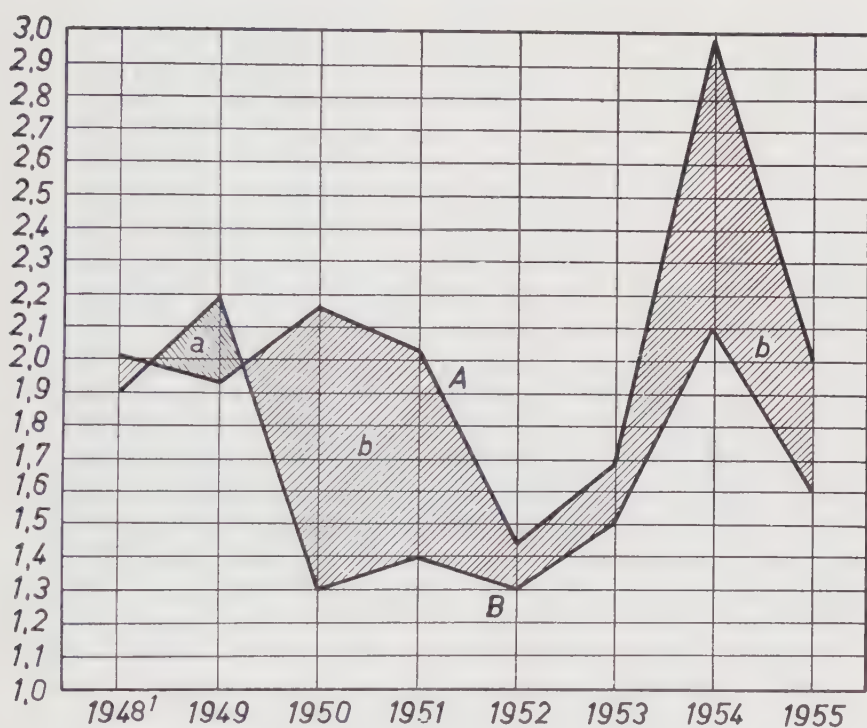
b) es hat eine Umwechslung von Giralgeld in Stückgeld stattgefunden.

¹ Nur für die Monate Oktober bis Dezember.

Abbildung III: Der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient

Der Barabhebungssatz wurde aus dem jeweiligen Anteil des neu entstandenen Stückgeldes an der neu entstandenen Gesamtgeldmenge ermittelt.

und der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient



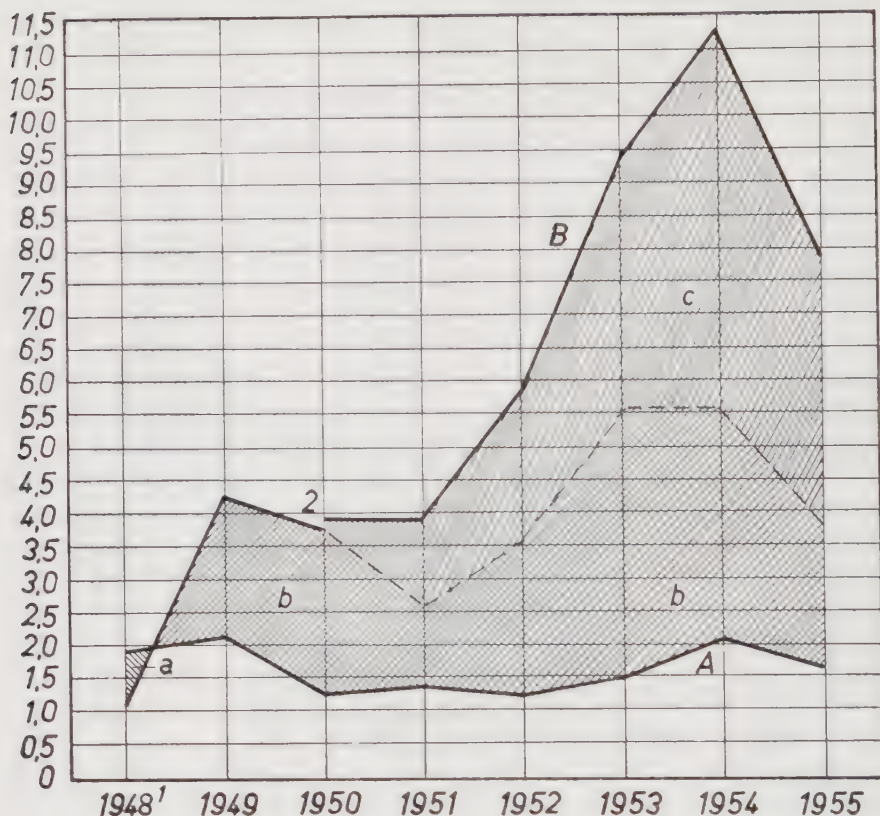
A = der „theoretische“ Geldschöpfungskoeffizient
(mit zweitem Barabhebungssatz)

B = der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient

- a) den Kreditinstituten ist durch eine Verminderung der Mindestreservehaltung oder der freiwilligen Barreservehaltung Notenbankguthaben für eine Geldschöpfung verfügbar geworden.
- b) die Kreditinstitute haben zusätzliches Notenbankguthaben für die sonstige Mindestreservehaltung oder für die Bildung freiwilliger Barreserven benötigt.

¹ Nur für die Monate Oktober bis Dezember.

Abbildung IV: Der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient und der Kreditschöpfungskoeffizient



A = der „wirkliche“ Geldschöpfungskoeffizient

B = der Kreditschöpfungskoeffizient

- a) zusätzliche Geldschöpfung, entstanden durch eine Abnahme der Spar- und Termineinlagen.
- b) kompensatorische Geldschöpfung, ermöglicht durch eine Zunahme der Spar- und Termineinlagen.
- c) kompensatorische Geldschöpfung, ermöglicht durch eine Zunahme der von den Banken an Nichtbanken verkauften Schuldverschreibungen und der bei Nichtbanken längerfristig aufgenommenen Gelder. Die von den Kreditinstituten geschöpften Geldbeträge, die als Einlage beim Zentralbanksystem erscheinen, sind auch unter c) erfaßt.

¹ Nur für die Monate Oktober bis Dezember.

² Die gesamte vermehrte Kreditgewährung konnte erst ab Juli 1950 ermittelt werden, vgl. S. 42, Anmerkung a).

Literaturverzeichnis

- Andreas, K.*: Die Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldes in Westdeutschland, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 5. Jahrg., 1952, S. 386 ff.
- Klepsch-Bodack, Hildegard*: Der Geldschöpfungskoeffizient der Kreditbanken, Diss. Erlangen 1955.
- Neuhauser, Gertrud*: Kritische Untersuchungen zur Kreditschöpfungslehre, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 108. Band 1952, S. 646 ff.
- Samuelson, P. A.*: Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Köln 1955.
- Schneider, Erich*: Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, 1. Auflage, Tübingen 1952, 3. Auflage, Tübingen 1955.
- Stucken, Rudolf*: Geld und Kredit, 1. Auflage, Tübingen 1948, 2. Auflage, Tübingen 1957.
- Stucken, Rudolf*: Geldpolitik im zweistufigen Zentralbanksystem, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 4. Jahrgang, 1951, S. 142 f.
- Stucken, Rudolf*: Banken (II) Theorie, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1. Band, 1956, S. 550 ff.
- Wagner, Valentin F.*: Geschichte der Kredittheorien, Wien 1937.
- Handbuch des gesamten Kreditwesens, herausgegeben von Walter Hofmann, 5. Auflage, Frankfurt a. M. 1953.
- Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für die Jahre 1948 und 1949.
- Monatsbericht der Bank deutscher Länder, die Hefte von Januar 1949 bis Februar 1956.

Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Von John Maynard Keynes. Unveränderter Nachdruck 1955, XI, 344 Seiten. Leinen DM 24,—.

„Seitdem Adam Smith sein grundlegendes Werk über den Wohlstand der Nationen geschrieben hat, hat wohl kein anderes Werk der Nationalökonomie einen so revolutionären Anstoß zum Fortschritt gegeben wie das weltberühmte Werk von John Maynard Keynes. Es ist wirklich das Standardwerk der modernen Nationalökonomie.“
Süddeutsche Zeitung

Vom Gelde (A Treatise on Money). Von John Maynard Keynes. Unveränderter Nachdruck 1955. XX, 635 Seiten. Leinen DM 44,80.

Das Erscheinen dieses Werkes wurde seinerzeit von der englischen Zeitschrift 'The Economist' als 'ein denkwürdiges Ereignis in der Geschichte der Geldtheorie' bezeichnet. Über die deutsche Übersetzung sagte die schweizerische Zeitschrift für Betriebswirtschaft: „Sie ist ein kleines Meisterwerk für sich. Klar und flüssig geschrieben, läßt sie nirgends die Empfindung des Übersetztseins aufkommen und gibt doch das Original nicht nur dem Sinn, sondern auch seiner eigenartigen, persönlichen Prägung und Tönung nach in vorbildlicher Treue wieder.“

Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf. Von Dr. Dr. Carl Föhl. Zweite Auflage. XII, 436 Seiten. 1955. Leinen DM 32,—.

„Das im Sommer 1937 herausgebrachte Buch ist eine der bemerkenswertesten neueren Leistungen auf dem Gebiete der ökonomischen Theorie. Angeregt durch Keynes und gefördert durch den Anschauungsunterricht, den die jüngste wirtschaftliche Entwicklung bot, analysiert Föhl nach einer durchaus eigenen, zuweilen sogar eigenwilligen Methode die Zusammenhänge und das Bewegungsspiel der Wirtschaft.“
Weltwirtschaftliches Archiv

Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus. Von Joseph Schumpeter. 5. unveränderte Auflage 1952, XXII, 370 Seiten. Leinen DM 25,—.

Schumpeters groß angelegte, glänzend und geistreich geschriebene Abhandlung, in der er eine rein ökonomische Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung aufstellt und die Ursachen der unaufhörlichen Wandlung und Entwicklung der Wirtschaftssysteme im Ablauf der Zeit zu erklären versucht, gehört zu den Standardwerken der neueren volkswirtschaftlichen Literatur.

Volkswirtschaftliche Theorie des Geldes. Von Prof. Dr. Albrecht Forstmann. Band I: Allgemeine Geldtheorie. XVI, 772 Seiten, 1943. Leinen DM 56,—. Band II: Monetäre Ökonomie. Allgemeine Volkswirtschaftslehre der Geldwirtschaft. XX, 940 Seiten, 1955. Leinen DM 72,—.

Der Verfasser gibt im ersten Band dieses Werkes eine Erklärung des wirtschaftlichen Geldbegriffs und der mit ihm verbundenen wirtschaftlichen Erscheinungen. Ihrem Wesen nach ist diese rein ökonomische Theorie des Geldes zugleich eine allgemeine Theorie der wirtschaftlichen Zusammenhänge, die in den monetären Vorgängen ihren am besten faßbaren Ausdruck finden. Im zweiten Band versucht der Verfasser, die letzte und eigentliche Aufgabe zu lösen, die der Geldtheorie im Rahmen der allgemeinen volkswirtschaftlichen Theorie gestellt ist. Diese Aufgabe liegt in der Integration von Geldtheorie und allgemeiner volkswirtschaftlicher Theorie. Sie verlangt einen Einbau der Geldtheorie sowohl in die Theorie der relativen Preise wie auch in die Theorie des Kapitalzinses. Damit gibt der Verfasser eine allgemeine Volkswirtschaftslehre der Geldwirtschaft, d. h. eine monetäre Ökonomie als Ergänzung der klassischen Tauschwertlehre.

DUNKER & HUMBLLOT / BERLIN-MÜNCHEN

Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung. Von Geh.-Rat Prof. Dr. Adolf Weber. 6. neubearbeitete und erweiterte Auflage. XXIV, 738 Seiten. 1953. Leinen DM 33,—.

Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre. Von Geh.-Rat Prof. Dr. Adolf Weber. 7. neubearbeitete Auflage. 31. bis 35. Tausend. XVI, 304 Seiten. 1956. Leinen DM 14,—.

Kurzgefaßte Volkswirtschaftspolitik. Von Geh.-Rat Prof. Dr. Adolf Weber. 7. neubearbeitete Auflage. 29. bis 31. Tausend. XII, 395 Seiten. 1957. Leinen DM 16,80.

Neue Wirtschaftslehren. Theorien und Hypothesen. Von Prof. Dr. Albrecht Forstmann. Mit einem Geleitwort von Geh.-Rat Prof. Dr. Adolf Weber. XXI, 512 Seiten. 1954. Leinen DM 32,60.

Der Kreislauf des Geldes. Von Prof. Dr. Michael Kröll. 236 Seiten. 1956. Leinen DM 17,50.

Der Haushalt. Eine Darstellung seiner volkswirtschaftlichen Gestalt. Von Prof. Dr. Erich Egner. 516 Seiten. 1952. Halbleinen DM 32,—.

Der volkswirtschaftliche Sparprozeß. Von Prof. Dr. Fritz Voigt. VIII, 512 Seiten. 1950. Leinen DM 27,—.

Die Öffentliche Wirtschaft. Von Prof. Dr. Anton Tautscher. XVI, 399 Seiten. 1953. Leinen DM 24,80.

Einkommensbildung und Einkommensverteilung. Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Köln, 1956. Herausgegeben von Prof. Dr. W. G. Hoffmann. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 13.) 211 Seiten. 1957. DM 18,60.

Mensch und Wirtschaft. Aufsätze und Abhandlungen zur Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Von Prof. Dr. Otto von Zwi ed i neck - S ü d e n h o r s t. Herausgegeben von Werner Mahr und Franz Paul Schneider. 2 Bände. Band I: XI, 440 Seiten. 1955. Leinen DM 32,60.

Kostengestaltung, Preisbildung und Marktprobleme. Von Dr. Max Metzner. Band I: Kostengestaltung und Preisbildung. 160 Seiten. 1953. Leinen DM 9,80. Band II: Marktprobleme. 177 Seiten. 1954. Leinen DM 12,—.

Produktion und Verbrauch. Eine Einführung. Von Priv.-Doz. Dr. Otto Kraus. VIII, 186 Seiten. 1957. Leinen DM 15,80.

Handbuch der Produktion. Wirtschaft, Technik, Faustzahlen, Lagerstätten, Spezialmaße. Von Dr. Paul Wiel. XI, 351 Seiten. 1956. Leinen DM 37,50.

DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN-MÜNCHEN